

Die Volksstimme
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Festtagen.
Verantwortlicher Redakteur
(mit Ausnahme der Beilage
Neue Welt):
Karl J. J. n, Magdeburg.
Für den Inseratenteil:
Karl Panlau, Magdeburg.
Verlag von B. Sarbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6.
Druck von S. Arnoldt,
Magdeburg.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementspreis:
Vierteljährl. inkl. Bringerlohn
2 Mt. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mt., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mt.
inkl. Postgebühren.
Einzeln Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummern 10 Pf.
Zeitungsliste Nr. 7242.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Zim. 1.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungs-Beilagen: Die Neue Welt (12 Seiten, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote, Die Frauenpost.

Nr. 224.

Magdeburg, Donnerstag, den 24. September 1896.

7. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten, außerdem
liegt bei Sogen 4 vom Roman: Der Nabob.

Wacht auf! Wacht auf!

Die Arbeiterpresse unterstützen, heißt Waffen schmieden
für die Befreiung der Arbeiterklasse. Unsere Gegner haben
dies gut begriffen, und sie verfolgen daher die Arbeiter-
presse mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln. Ver-
stehen die Arbeiter die Bedeutung der Presse so gut zu
schätzen, wie unsere Gegner, so würden die Arbeiterorgane
die zehn- und zwanzigfache Auflage haben. Aber Millionen
Arbeiter schlafen noch den dumpfen Schlaf aller Ge-
nechteten. Müde und entnervt von dem Sklavenleben
des „freien“ Mannes der kapitalistischen Gesellschaft, von
der Sorge um das tägliche Brot mit allen Muskeln ihres
Körpers und allen Fasern ihres Gehirns in Anspruch ge-
nommen, verlieren sie den Sinn für das Allgemeine, das
Streben nach etwas Besserem, Menschenwürdigem. Und
es ist die Aufgabe der kapitalistischen Presse, diese gefügigen
Werkzeuge der Ausbeutung in ihrem traumähnlichen Da-
sein zu erhalten. Unsere Aufgabe ist es, ihnen ein
lautes: Wacht auf! zuzurufen. Wacht auf, indem Ihr
Euch Euren Leidens-, Euren Klassengenossen anschleht,
indem Ihr begreift, daß Eure Kraft und Macht in Eurer
Einigkeit liegen, gegen die alle Millionen, alle Bajonette
und Kanonen der kapitalistischen Gesellschaft nicht stand-
halten. Wacht auf und lest die Arbeiterpresse,
werft die prostituierten Blätter unserer
Gegner hinaus! Jeder Arbeiter kann, wenn nicht
allein, so doch im Verein mit anderen das Arbeiterorgan
halten. Schon dadurch trägt er sein Scherstein zum
großen sozialen Befreiungskampfe bei, er wird zum Mit-
kämpfer, zum Mitstreben nach einer neuen Welt.
In der alten hat er nichts zu verlieren als seine Ketten.
Wacht auf!

Der Bericht der Parteileitung.

welcher am Dienstag seitens des geschäftsführenden Aus-
schusses der sozialdemokratischen Partei veröffentlicht ist,
gibt Freund und Feind Anlaß zu recht eingehendem
Studium. Unsere Freunde werden mit Genugthuung auf
die Thätigkeit der Parteileitung blicken, welche alle Vor-
gänge auf politischem und sozialem Gebiete sorgsam re-
gistriert, dabei in gewissenhafter Weise Rechnung ablegt
über die Thätigkeit der Partei und deren geschäftlichen
Organe. Unsere Feinde werden sich an Einzelheiten klammern
und nach albekannter Manier verdächtigen und den Vor-
richt zu verhungern versuchen — mit Proben dieser Art
werden wir unseren Lesern bald aufwarten können. Wie
immer auch der Bericht von unseren Feinden verkleinert
werden wird, die Thatsache ist nicht fortzuleugnen, daß
die Sozialdemokratie mit offenem Bisher kämpft — auf-
geblättert liegen die Berichte der geschäftsführenden Organe;
nichts ist verschwiegen. Wo ist die Partei, die ähnlich
operiert; ohne Rücksicht auf den Widerstreit der Meinungen
dem Gegner einen Blick gestattet in das Getriebe der
Partei? Alle Verdächtigungen und Verläumdungen, von
welcher Seite sie auch kommen mögen, sie können nicht
stand halten dem offenen, ehrlichen Gebahren der sozial-
demokratischen Partei.

Die Zahlstelle ein politischer Verein.

Das preussische Vereinsgesetz unterjagt den Frauen,
Lehrlingen und Schülern die Beteiligung an den Be-
stimmungen politischer Vereine. In neuester Zeit hat diese
Bestimmung auch Anwendung gefunden auf Vereine,
welche die Befreiung der Lebenshaltung der Arbeiter be-
zwecken. So auch auf die in Schönebeck a. E. errichtete
Zahlstelle des Holzarbeiterverbandes. Jüngst wollte die
Zahlstelle den Jahrestag ihrer Gründung feiern. Zu
diesem Zwecke hatte die Verwaltung, Konzert, Theater
und Ball in einem der größeren Lokale in Schönebeck
veranstaltet. Das Arrangement, das mit großen Unkosten
verknüpft gewesen, war bereits getroffen, als die Polizei
einschritt und die Abhaltung des Vergnügens unterjagt.
Auf Befragen erhielt der Bevollmächtigte von dem Bürger-
meister den Bescheid, er sei von höherer Seite hierzu an-
gehalten, da „der Verband mehr oder weniger politisch“
sei. Das Stiftungsfest fiel sonach in das Wasser, da die
Holzarbeiter auf die Anwesenheit der Frauen nicht ver-
zichten wollten. Der Beschwerdebeweg wurde beschränkt.
Inzwischen plante die Verwaltung das Stiftungsfest in
einem außerhalb Schönebeck liegenden Orte abzuhalten.
Die Abhaltung des Festes wurde seitens der Dispolizei
bestätigt und die Holzarbeiter glaubten nunmehr mit ihren
Angehörigen das Stiftungsfest feiern zu können. Doch
wiederum erschien die Polizei — zehn Stunden vor
Beginn des Festes ging dem Bevollmächtigten
der Zahlstelle folgendes Schreiben zu: „Inwieweit mir
heute von der Königl. Polizei-Verwaltung in Schönebeck

Benachrichtigung zugegangen ist, daß der Filiale des Ver-
bandes der deutschen Holzarbeiter in Schönebeck auf Grund
der Verfügung des Herrn Regierungs-Präsidenten zu
Magdeburg vom 10. Oktober 1894, I Pr. P. 5446, die
Abhaltung eines Vereinsvergügens nur unter der Be-
dingung gestattet wurde, daß Frauen, Lehrlinge und
Schüler an demselben nicht teilnehmen dürften, so muß
ich die von meinem Stellvertreter während meines Ur-
laubs erteilte Genehmigung eines Vereinsvergügens für
den vorbezeichneten Verein am 12. September 1896 gleich-
falls dahin beschränken, daß dasselbe nur unter Ausschluß
von Frauen, Lehrlingen und Schülern stattfinden darf
(I. Verfügung des Herrn Landrats zu Burg vom
22. Oktober 1894, I 6419). Desgleichen muß die
eventuelle Genehmigung zur Ausführung eines Theater-
stückes davon abhängig gemacht werden, daß der Wort-
laut der auszuführenden Stücke mir vorher rechtzeitig vor-
gelegt wird, so daß der Inhalt desselben einer Prüfung
unterzogen werden kann. Auch muß das Mitglieder-
verzeichnis vor Beginn des Vereinsvergügens hier
eingereicht werden.“ Javor war das Schreiben an den
Gastwirt gegangen, in dessen Räume das Stiftungsfest
abgehalten werden sollte. Die Holzarbeiter in Schönebeck
trösteten sich zunächst damit, daß auch anderen Vereinen
ähnliche Unannehmlichkeiten passieren können — denn
was Sozialdemokraten recht, wird den Anhängern anderer
Parteien billig sein. Dann wollen aber die Holzarbeiter
nachgewiesen haben, wie so der Holzarbeiterverband mehr
oder weniger politisch und die Zahlstelle ein politischer
Verein ist. Bis Beledigung dieser Angelegenheit Geduld!

Der Polizei in Burg

wird interessieren die Anschauung des Vorwärts, die zu
dem Vorgehen des nationalliberalen Vereins in Burg
zum Ausdruck kam. Der Vorwärts bemerkt: „Also auch
hier wieder eine direkte Verletzung der gesetzlichen Be-
stimmungen und zwar berichtet von einem Organ der
eigenen Partei, das es also für selbstverständlich zu halten
scheint, daß seine Anhänger sich um das Gesetz nicht zu
kümmern brauchen. Wo bleibt denn diesen offenkundigen
Gesetzesverächtern gegenüber der Staatsanwalt?“ — Dem
Vorwärts möchten wir bemerken, daß der Staatsanwalt
unverzüglich einschreiten wird. Das gleiche ist ge-
schehen gegen Arbeiter und deren Organisationen. Wir
würden nicht, weshalb die bürgerlichen Parteier und deren
Organe anders behandelt werden sollten. Vor dem Ge-
setze sind auch in Preußen alle Menschen gleich. Bei dieser
Gelegenheit stellen wir fest, daß sämtliche Delegierte für
den Parteitag der Nationalliberalen in Vereinsversam-
lungen gewählt sind. Das Gleiche gilt mehr oder weniger
für den Parteitag der Antisemiten. Die Staatsanwalt-
schaft bekommt also demnächst viel zu thun. —

Die unerlaubte Kollekte.

In Breslau hat der Vorsitzende des Gewerkschafts-
kartells, Genosse Kühnel, Sammellisten zur Unterstützung
des dortigen Maurerstreiks verteilt. Wegen „unerlaubter
Kollektieren“ erhielt er ein Strafmandat über 20 Mark;
das Schöffengericht sprach ihn frei, die Staatsanwaltschaft
legte gegen dies Urteil Berufung ein und so kam die
Sache vor das Landgericht. Dort führte Kühnel an, daß
die Sammellisten gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt
waren, sondern nur für die Delegierten, die sie in ihren
Werkstätten etc. bei ihren Kollegen zirkulieren lassen sollten.
Von einer Kollekte im Sinne des Gesetzes könne deshalb
keine Rede sein. Das Gericht nahm jedoch an, daß die
Listen sicher auch in weitere Kreise gekommen sind, zudem
würden oft neue Delegierte in das Gewerkschaftskartell
gewählt, während andere austreten, so daß der Bezirf
der Öffentlichkeit wohl begründet wäre. Kühnel wurde
auf Grund dieser Annahme, die jedes Beweises ermangelt,
zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. —

Ein Sieg der jüdischen Genossen.

(Dem Kopfbild der Staatsbürger-Zeitung entnommen.)
Die Palastrevolution im Vorwärts, die jetzt durch
die mitgeteilte Erklärung der Redaktion scheinbar beendet
ist, und bei der der alte Viebknecht so sehr den kürzeren
gegen die jüngeren Redakteure, Braun etc., gezogen hat,
dürfte nicht ohne tieferen Eindruck geblieben sein. Schon
vor dem Erscheinen der Erklärung meldete der Breslauer
General-Anzeiger, daß es sich um eine große Agitation
gegen Viebknecht handle, bei der auch Singer und Bam-
berger beteiligt seien. In Uebereinstimmung hiermit er-
fahren wir jetzt, daß diese Agitation hauptsächlich darauf
zurückzuführen ist, daß Viebknecht von jeher antisemitische
Neigungen hatte. Vereist in den siebziger Jahren druckte
der Vorwärts eine stillschweigend unrichtige Notiz des Chef-
redakteurs Dernburg mit der Bemerkung ab, daß die
Notiz in „jüdischem Deutsch“ abgefaßt sei und ja schon
der Name „Dernburg“ die Leser „anmauschele“. Als

ferner im Jahre 1876 der Abgeordnete Bamberger in
Dresden eine „nationale“ Rede gehalten hatte, fragte
der Vorwärts ihn, ob er in deutsch-nationalem
oder jüdisch-nationalem Sinne gesprochen habe. Auf
die dann seitens eines Juden an die Redaktion des
Vorwärts gerichtete Anfrage, warum man Bamberger
vorwerfe, daß er ein Jude sei, da doch die Juden „stets
international und revolutionär“ gewesen seien, gab Vieb-
knecht unter dem 13. April 1876 eine Antwort, die so
begann: „Die Frage: jüdisch-national oder deutsch-national,
Herr Bamberger?“ soll und kann nur den einen Sinn
haben, das Absurde des Bamberger Reichs „Nationa-
lismus“ voll hervortreten zu lassen. Wenn ein Germane
in Deutsch „Nationalismus“ macht, so ist das einfach stupid,
wenn aber ein Jude in Deutsch „Nationalismus“ macht,
so ist das doppelt und zehnfach stupid oder — schuldig.“
Endlich sei noch erwähnt, daß Viebknecht sich in einer am
13. Juni 1894 stattgehabten Sitzung der in Berlin an-
wesenden sozialdemokratischen Abgeordneten einem Vortrag
Vebels anschloß, welcher die Notwendigkeit betonte, daß
sich die jüdischen „Genossen“ möglichst von allen offiziellen
Aemtern in der Partei fern halten, um auf diese Weise
das Mißtrauen zu beseitigen, als ob die Sozialdemokratie
in den Händen der Alliance Israelitisch befände. Dies
begründete Vebel mit dem Hinweis auf die Zunahme der
antisemitischen Agitation im ganzen Reich und besonders
in Berlin und auf die direkte Gefahr dieser Zunahme für
die Weiterentwicklung der sozialdemokratischen Partei, so-
wie mit dem Bemerkten, daß die in der Gesamtpartei
prozentual doch sehr gering vertretenen jüdischen Genossen
gleichwohl unter den Führern und sonstigen im Vorder-
grunde der Bewegung stehenden Genossen in unverhältnis-
mäßig starker Zahl vertreten seien. Natürlich trat Singer
den Ausführungen von Vebel und Viebknecht mit Ent-
schiedenheit entgegen. Viebknecht ist also j. d. den jüdischen
„Genossen“ Singer etc. unbenommen geworden. Deshalb
machten wir auch zu der Erklärung im Vorwärts die
Bemerkung: Herr Singer hat eine starke Hand. Je mehr
aber das Judentum in der Sozialdemokratie in den
Vordergrund tritt, um so besser; es trägt zugleich den
Keim der Zerlegung in die sozialdemokratische Bewegung
hinein.“

Das Geschreibsel über den „antisemitischen Viebknecht“
ist zu kostbar — wir konnten es unseren Lesern nicht vor-
enthalten, selbst auf die Gefahr hin, daß der Keim der
Zerlegung „doppelt schnell“ reist. Wie mag sich eigentlich
die sozialdemokratische Bewegung in dem Gehirn eines
Antisemiten ausnehmen? —

Zum Niedergang der nationalliberalen Partei

wird der Leipziger Volkszeitung aus Berlin geschrieben:
Es ist schon längst kein Geheimnis mehr, daß die Gegen-
sätze innerhalb der nationalliberalen Partei zu einem Aus-
brüche drängen. Es geht auf die Dauer nicht an, daß
industrielle und landwirtschaftliche Interessen unter einem
gemeinsamen Dache sich vertragen. Auch die Tages-
ordnung für die Delegiertenversammlung der national-
liberalen Partei, die anfangs Oktober in Berlin stattfinden
wird, weist eine ganze Reihe Punkte auf, bei denen sich
die in der Partei bestehenden Interessengegensätze zeigen
müssen. Die Tagesordnung umfaßt neun Punkte und
beginnt mit einer allgemeinen Erklärung der Stellung
der Partei, über die die Abgeordnete Bassermann und
von Cohnen referieren werden. Ohne Zweifel werden es
diese Herren verstehen, für die Mitglieder ihrer Partei
einen so weiten Rahmen zu ziehen, daß selbst ein
Kantianer darin Unterschlupf finden kann.

Weniger einheitlich schon dürfte die Erörterung des
zweiten Punktes der Tagesordnung verlaufen, der sich
mit der Gesetzgebung im Interesse des gewerblichen Mittel-
standes beschäftigt wird. In dem angekündigten Pro-
gramm heißt es: „Bei Gelegenheit dieser Verhandlungen
wird auch die einheitliche Auffassung der Partei gegen-
über der jüngst veröffentlichten Vorlage betreffs der Hand-
werksorganisation und der Ordnung des Lehrlingswesens
zum Ausdruck gelangen können.“ Die hier angekündigte
Einheit vermüssen wir bisher in dieser Frage bei den
Nationalliberalen ganz und gar. Die einen, die aus
demagogischen Gründen sich auf die Seite der Jüngster
geschlagen haben, sind mit allem Eifer für die geplanten
Zwangsvorgänge, während ein anderer Teil der national-
liberalen Partei, der industrielle Flügel, getreu den
manchesterlichen Traditionen, darauf hinweist, daß gerade
die nationalliberale Partei im norddeutschen Reichstage in
erster Reihe die Freiheit des Gewerbetriebes erkämpfen
geholfen habe, und sie darum jetzt nicht der Fahne der
wirtschaftlichen Reaktion folgen dürfe.

Welcher Flügel der nationalliberalen Partei wird
nachgeben? Wenn man vom Stärkeverhältnis der beiden

vorhandenen Strömungen ausgeht, der industrielle, in dem noch einigermaßen bisher das Element vertreten war, der Charakterlosesten, schwächlichsten Partei den Ausdruck des Liberalismus gab. Auch das Vereins- und Koalitionsrecht ist auf die Tagesordnung der Delegiertenversammlung gesetzt. Daß sich um sie die Delegierten in die Haare geraten werden, glauben wir kaum, sie werden sogar einig darin sein, alle Maßregeln zu empfehlen, die die sozialdemokratischen Arbeiter unter einem Ausnahmezustand stellen.

Große Debatten dürfte die Erörterung landwirtschaftlicher Fragen hervorrufen, über die Dr. Baasche, der naturrechtliche Zuckerpolitiker, referieren wird. Hier wird der Antrag Kanitz und die Stellung zur Doppelwährung die Geister lebhaft aufeinanderplagen lassen. Die Nationalliberalen Süddeutschlands befehen mit aller Energie darauf, daß den agrarischen Elementen ihrer Partei Jügel angelegt werden sollen und offiziell der Antrag Kanitz und die Doppelwährung verworfen werde. Ebenso rührig ist aber der agrarische Flügel, der für die Vertretung seiner wirtschaftspolitischen Interessen freie Hand behalten will. Soll die nationalliberale Partei ein Anhängel des Bundes der Landwirte werden, oder soll sie mit einem Rud nach links wieder das nationalliberale Banner aufpflanzen, oder soll die Partei vollends langsam an ihren inneren Gegensätzen hinstirnen?

Um das Krankenlager des Patienten stehen kopfschüttelnd gar viel Aerzte und Kurpfuscher und zerbrechen sich den Kopf, was aus dem Kranken werden wird. Auch wir interessieren uns für den Auflösungsprozeß dieser von Fikard entnervten und kastrierten Partei. Aber im Gegensatz zu anderen Parteien stehen wir dem Patienten völlig teilnahmslos gegenüber, da auch eine scheinbare Gehörung uns nichts mehr schaden kann. Ob gänzlicher Zerfall, ob Wiederherstellung für einige Zeit — das Volk in seiner Masse hat dem Nationalliberalismus Valet gesagt, das erstickende Blut ist ihm entzogen, nie mehr wird er sich erheben können, in der inneren Politik zum zweitenmal eine ausschlaggebende Rolle spielen zu können.

Politische und volkswirtschaftliche Heberische.

Für die Zerfalltheit im nationalliberalen Lager bezeichnend ist der Verlauf einer Generalversammlung des nationalliberalen Vereins für den 19 hannoverschen Wahlkreis in Otterndorf. Dort spielten die bekannten Agrarier Schopf und Dr. Diederich Hahn die Hauptrolle. Sie traten dafür ein, daß Freiheit in wirtschaftlichen Fragen gelassen und den Wählern anheim gestellt wird, welcher Richtung sie den Vorzug geben wollen. Die Formulierung einer entsprechenden Resolution wurde dem Vorstande unter Hinzuziehung Herrn Dr. Hahns überlassen. Dazu bemerkt die Nationalzeitung: Herr Hahn ist, nachdem die nationalliberale Reichstagsfraktion ihn als Kandidat hatte, das Hospitanten-Verhältnis zu ihr zu lösen, zwar fraktionslos geblieben, hat aber demonstrativ seinen Platz bei den Konservativen genommen, sieht in den engsten Beziehungen zu diesen und ist einer der am demagogischsten auftretenden Agitatoren des Bundes der Landwirte, als solcher wahrnehmlich von diesem Bunde befolgt. Dieser Herr wird in einem nationalliberalen Verein beantragt, die Stellungnahme desselben zum Delegiertenrat zu formulieren! Das Hohnspiel der Nationalliberalen ist wirklich erschütternd.

Anreizung zum Klassenhaß. Der 29jährige Buchhändler Oskar Kohn, Anhänger der anarcho-socialistischen Richtung, hat in einer Versammlung des Freidenkervereins in Dresden am 26 Juni 9 Exemplare einer Broschüre: „Kampfbüchlein, Worte eines Rebellen“, verbreitet. Diese Schrift soll nach Ansicht des Gerichts eine Anreizung zum Klassenhaß enthalten. Kohn giebt die Verbreitung zu, aber er bestreitet, den Inhalt genau gelesen zu haben. Das Gericht, unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Frommhold, verurteilte Kohn zu 6 Monaten Gefängnis; die seit 7. August währende Untersuchungsfrist wird nicht angerechnet.

Begnadigt wurde der Bürgermeister von Schwedler in E. Goraushausen, der wegen Mißvergehens zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden war. Auch das fernere Vergehen der Landwehrpflichtigen-Uniform ist ihm seitens der zuständigen Militärbehörden gestattet worden.

Die in Dresden versammelte Konferenz schiedlicher Handelskammern hat sich gegen die geplante Zwangsorganisation des Handwerkes ausgesprochen.

Die Betriebsergebnisse der preussischen Staatsbahnen betragen im Monat August 92 945 000 (gegen das Vorjahr + 5 653 000) Mark, auf ein Einkommen 3282 (+ 140) Mark, und zwar aus dem Personen- und Gepäckverkehr 31 915 000 (+ 2 889 000) Mark, aus dem Güterverkehr 61 030 000 (+ 2 764 000) Mark, vom Zinsen des Betriebsjahres an 429 635 000 (+ 23 494 000) Mark, und zwar aus dem Personen- und Gepäckverkehr 14 050 000 (+ 9 533 000) Mark, aus dem Güterverkehr 288 585 000 (+ 18 961 000) Mark. Aus diesen Zahlen sieht die Eisenbahnarbeiter ganz Behren.

Dr. Carl Peters ist nach Berlin zurückgekehrt, um die nationalliberale Blätter berichten, gegen die in den letzten Tagen wider ihn erhobenen Anklagen ehrenrühriger Art gerichtlich und öffentlich vorgegangen. Seine Lage ist sehr interessante Verhandlung geben.

Ueber die Gesundheitsverhältnisse Amerikas berichten eingehend in den ärztlichen Mitteilungen aus hiesiger Sanitätsverwaltung (herausgegeben vom hiesigen Gesundheitsamt) Dr. Friedrich Plehn und Dr. Albert Plehn, die im amtlichen Auftrag an Ort und Stelle ihre Beobachtungen gemacht haben. Von 624 Untersuchungen von Europäern, die Friedrich Plehn im 17. Jahren in Ecuador behandelte, erkrankten 438 (= 70 Prozent) an Malaria. Im Durchschnitt hatte im 17. Jahren ein jeder Europäer fünf Malaria-Erkrankungen durchgemacht. Im Jahre 1894 war nach der Hälfte aller Europäer in Ecuador malarialkrank. Einmalig Plehn demselben, wie es oft geschieht, die Behauptung der Malaria der ganzen unterirdische A. Plehn hat im Jahre 1894 95 bei 100 Europäern im Gouvernementsbezirk 288 Malaria-

Anfälle und 11 Schwarzwasserfieber beobachtet. Von Interesse ist seine Feststellung, daß die Nichtbeamten in Kamerun viel häufiger als die Beamten vom Schwarzwasserfieber mit schwerem Verlaufe befallen werden. Von den Farbigen zeigten die Sudanesen eine sehr hohe Empfänglichkeit für Malaria. Dringend widerrät Plehn die Anwendung des Chinins beim Schwarzwasserfieber.

Oesterreich-Ungarn.

Aus Wien geht den Blättern nachstehende Drahtnachricht zu: „Zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Antisemiten und Sozialdemokraten kam es gestern in Wien. Die Antisemiten hielten gestern abend in der Vorstadt Margarethen eine öffentliche Volksversammlung ab, bei welcher es zu großen Demonstrationen der Sozialdemokraten kam, welchen die Antisemiten den Zutritt zu der Versammlung verwehrten. Zahlreiche Arbeiter wurden verwundet. Die Polizei zerstreute die Demonstranten, welche hierauf, 3000 Mann stark, eine Versammlung im Freien abhielten und gegen das Vorgehen der Antisemiten protestierten.“

Rügen haben kurze Beine.

Nach einem Berichte der Wiener Arbeiter-Zeitung war die Versammlung der Antisemiten eine öffentliche, zu der jedermann Zutritt hatte. Die Arbeiter des V. Bezirks waren schon um 6 Uhr abends massenhaft auf dem Plage, und ihre Erregung war unbeschreiblich, als sie sahen, daß man sie nicht einlassen wollte. Eine Gruppe von Arbeitern versuchte sich Eingang zu schaffen, aber die Zugänge zu Hamburgers Saallokation sind so eng, daß eine Ordnerkette genügt, um den Eintritt zu verwehren. Ein Genosse, der sich nicht zurückdrängen ließ, wurde umzingelt und mißhandelt. Zum Glück war er handfest genug, um sich der Angreifer zu erwehren, und er gelangte, nachdem er ordentlich um sich gepufft hatte, unverletzt ins Freie; um 6 Uhr war die Polizei schon mit einem Müssen aufgebogen von beritterten und Fehlpolizisten auf dem Plage. Der Hof der Hamburgerischen Restauration war voll von Polizisten und Ordnern. In der Schloßgasse patrouillierten die Polizisten rudelweise, und es wäre zu kritischen Stauungen gekommen, da um 7 Uhr abends schon 4000 Sozialdemokraten auf dem Plage waren. Zum Glück war für diese Zeit eine Volksversammlung unter freiem Himmel in den Garten und Hof des Gasthauses zum Weißen Schwan in der Grohstraße einberufen worden, und als die Genossen sahen, daß die Polizei Wrenne mache, die Straßen abzuharren und niemand mehr passieren zu lassen, zogen sie es vor, anstatt eine unnötige Demonstration zu improvisieren, in geschlossener Masse in ihre Versammlung zu ziehen. Diese Schilderung klingt wesentlich anders als die Drahtnachricht.

Belgien.

Der Brüsseler Patriot, das katholische Organ, veröffentlicht einige Äußerungen katholischer Kongomissionäre, die die schwersten Anklagen wie Abschneiden von Ohren, Händen und Frauenbrüsten durch mehrere Kongomissionäre sowie den Mädchenhandel zur Versorgung der Harems bekräftigen. Der Patriot fügt hinzu, den Missionären sei durch den geistlichen Vorgesetzten jede Enthüllung von Greuelthaten am Kongopfer strengstens untersagt.

England.

Der Zar ist auf englischem Boden. Polizei und Truppen sind zur Sicherheit des Zaren aufgebogen. Wäre der geistige Gesichtskreis des Zaren nicht so eng, so müßte der „Selbstherrlicher“ sich doch schon einmal die Frage vorgelegt haben, ob die „Selbstherrlichkeit“ so viel wert sei, daß er sich nie und nirgends frei bewegen kann.

Orient.

Die Lage in Konstantinopel ist äußerst beunruhigend. Die der Konstantinopeler Berichterstatter der Boisschen Zeitung aus diplomatischer Quelle erfährt, waren alle Maßregeln getroffen, um auf ein gegebenes Zeichen ein allgemeines Blutbad anzurichten, Pera zu bombardieren und in Brand zu schießen. Der Sultan hatte erklärt, wenn eine Flotte die Dardanellen passiere, würde kein Mensch am Leben, von der Stadt kein Stein auf dem anderen bleiben. Insbesondere waren auf den Höhen oberhalb Pera 48 Geschütze aufgescharrt worden; die im Hügel liegenden türkischen Kriegsschiffe waren geschichtsbereit; der Kommandant in der Stadt wurde von der Garnison von Jildiz-Kiosk befehligt, während eine Stadtegarrison bei Jildiz konzentriert war. Sepatisch und die türkische Hamdiestallerie, aufsteigend unbewaffnet, vertheilten in den Straßen, auf Befehl wartend. Das Ministerium war gegen jede Gewaltmaßregel und erließ schon am Dienstag eine Proklamation, die zur Ruhe mahnte, gegen den Willen des Sultans. — Ganz russische Mobilmachung gegen die Türkei kündigt die Times an. Nach einer Meldung des Blattes aus Sebastopol vom 19. d. M. sind dort kürzlich vier Panzerschiffe, drei Kanonenboote und mehrere Torpedoboote in See gegangen und kreuzten vor Dschafom. Der Geschwaderkommandant hat den Befehl erhalten, bei Entlastung eines Telegramms vom russischen Botschafter in Konstantinopel sich mit der übrigen Schwarzen Meer-Flotte zu vereinigen und bereit nach dem Bosporus zu gehen. Die Flotte sei auf Kriegsfuß gestellt und drei Hamdlose Infanterie jenseit eingeschifft worden. Die Truppen in Süd-Russland seien zu aktivem Vorgehen in Bereitschaft gesetzt. Eine Bestätigung dieser Sensationsnachricht bleibt abzuwarten.

In der Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Julius. * Für beendet erklärt wurde Meeting der allgemeinen Anstalt der Schloßer Berlins. Ueber 8 Werkstätten, in die Forderungen nicht bewilligt wurden, ist die Sperre verhängt worden. Im Anstalt befanden sich noch etwa 90 Kollegen. Es wurde beschloßen den Verbeiraten wöchentlich 15 Mark, den Ueberwachern 12 Mark zu zahlen. — An die Buchbinder Deutschlands geht die

Mitteilung, daß in Werkstuben Berlins gestreift wird. — Seit 16 September stehen 17 Vergolder der Firma Heinsius in Grabow i. M. im Streik. Es wurden dort außer: malige Bühne gezahlt. So erhalten z. B. die Vergolder 15 Mark und die Berufsgenossen 9 Mark, 10,50 Mark bis 12 Mark Wochenlohn. — Der Streik der **Ballschuharbeiter** in Berlin dauert unverändert fort. Der Geist unter den Streikenden ist gut. — In der **Schuhfabrik** von Teschner u. Uebertz in Berlin, Neue Friedrichstr. 37, sind Differenzen ausgebrochen, weshalb sämtliche Arbeiter die Arbeit niedergelagt haben. — Achtung, Glaser Berlins und Umgegend! In der Bekanntmachung vom 22. September muß es heißen: Auerbach u. Co., Halensee, hat nicht bewilligt, Bleistein (Zuhaber J. Schmidt) und Gregoleit, Marktgrafenstraße, haben bewilligt. Wir ersuchen die Kollegen, uns stets umgehend Mitteilung zu machen, wo Bewilligungen eingetreten oder wieder zurückgezogen sind. Die Streikkommission. — In der **Dachpappen- und Asphaltfabrik** von J. Gonsbruch in Altona-Ottensen ist ein Streik ausgebrochen.

Der Verbandstag der Schuhmacher ist am 21. September auf dem Bunten Bock in Kassel eröffnet worden. Es sind 29 Delegierte anwesend. Zu Vorsitzenden wurden gewählt Köller aus Hamburg und Appel aus Stettin. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgestellt: 1. Die Lage und Organisation der Schuhmacher in Deutschland. Referent Bock aus Gotha, 2. Die Lohnbewegung in der Schuhindustrie von 1894 bis 1896 Referent Markus aus G. furt, 3. Wahl eines Vertrauensmannes resp. Schiedsrichters in Streikangelegenheiten, 4. Anträge aus der Mitte der Versammlung.

Die Agitationskommission der deutschen Gastwirtsgehilfen wird demnächst mehrere Agitationstouren veranstalten.

Ausland.

* In Dallwitz in Böhmen ist das gesamte Personal der **Porzellanfabrik**, an Zahl 420 Arbeiter und Arbeiterinnen, ausgeperrt worden, weil es gefordert hatte, daß 25 plötzlich entlassene Druckrinnen wieder eingestellt und die Kündigung von 20 Drehern zurückgenommen werden sollte. Das Personal wird wegen Nichtannahme der Kündigungsfrist gegen die Fabrik klagbar werden. — Der Streik der **Kniehofenmacher** in New-York wurde am 29 August für beendet erklärt, da die meisten Unternehmer unterzeichnet und die übrigen sich mit der Kniehofenmacher-Union abzufinden haben, ehe sie Leute zum Arbeiten bekommen können. — In Argentinien macht sich die Arbeiterbewegung bereits stark bemerkbar. Am 11. August legten alle **Arbeiter und Unterbeamte der Westbahn** die Arbeit nieder, am 13. folgten die Arbeiter der Südbahn und der Bahn nach Entenada. Sie verlangen den achtstündigen Arbeitstag ohne Lohnkürzung. Am 15. folgten 4500 Arbeiter der Gasfabriken und der Werkstätte zur Erbauung von Pferdebahnen diesem Beispiele. Die große Mehrzahl der Ausständigen besteht aus Italienern und Spaniern.

Vermischtes.

Zeichen der Zeit. Wegen Ueberfüllung der Frankfurter Irrenanstalt mußten sieben Fesseln derselben der Anstalt zu Heppenheim überwiesen werden. Die Zunahme der Kasernen, der Zuchthäuser und der Irrenanstalten, der drei Wahrzeichen der gepriesenen heutigen „Ordnung“, verkündet uns deutlich das Herannahen der Götterdämmerung der kapitalistischen Welt!

Eine antisemitische Heldenthat wird der Volkszeitung aus Bonn geschrieben: In vorverfloßener Nacht wurde der bei Eidenich gelegene jüdische Kirchhof in unglücklicher Weise demoliert. Fast sämtliche Grabsteine wurden umgestürzt und mittels scharfer Instrumente gewaltsam zerstört. Sämtliche eiserne Grabgitter sind auseinander gerissen. Von den Freiwern fehlt jede Spur.

Ein Unglücksfall ereignete sich im Grüger-Steinbruch zu Ströbel am Zobtenberge. Während der Arbeitszeit ging ein Steinblock von ca. 1500 Centner los und stürzte 10 Meter tief in die Arbeitsstätte. Der Arbeiter Julius Scholz aus Sacau lag unter den Steinmassen begraben und wurde als formlose Fleischmasse zu Tage gefördert. Seinem Bruder Josef Scholz wurden beide Beine zerschmettert. Der dritte Arbeiter, Heinrich Scholz, konnte sich noch rechtzeitig retten.

Die **Worthat eines Greises** wird aus Raibach gemeldet. Dortselbst erzählte dieser Tage ein vierjähriger Knabe seinen Gespielen wiederholt, der Großvater hätte am Sonntag im Finstern die Großmutter erschlagen. Da er fest dabei blieb und die Sache immer in der gleichen Weise erzählte, forschte man nach und fand, daß sie volle Richtigkeit hatte. Der 72jährige Schuster Karl Mann war mit Gattin und Enkel über Land gegangen. Auf dem Heimweg stieß das Ehepaar über fünf Gulden, die eine in America bisäbliche Tochter der Mutter gesendet hatte und die diese nicht herausgab. Der Alte schlug rabiat auf die Großmutter ein, nahm ihr, als sie bewußtlos vor ihm lag, Papiere aus dem Kleid und stieß die Leiche in den Grabenkanal. Er ist geständig.

Ein mit 17 Personen besetzter Omnibus stürzte bei Kehl eine zwei Meter hohe Böschung herab, wobei viele Passanten schwer verletzt wurden.

Vermittelt werden nach einer Meldung der Münchener neuesten Nachrichten aus Berchtesgaden zwei Touristen, der Bankadjunkt Lindner aus Nürnberg und ein Herr aus Budapest, welche den Hochkönig besteigen wollten, seit dem 20. September. Man vermutet, daß beide Touristen von einem Schneesturm überrascht und verunglückt sind.

Zum Tode verurteilt wurde am Sonnabend vom Welser Geschworenengericht wegen des an dem Rentner Dürreger in Gmunden begangenen Mordes der Angeklagte Fingerhut. Es verurteilt, der Gerichtshof habe beschloßen, einen Begnadigungsantrag zu stellen.

Auch eine Belehrung.

Ein protestantischer Postler und Katholikentöter, der Leipziger Geheimen Kirchenrat und Domherr Professor

Dr. Friede, hatte auf der jüngsten Generalversammlung des Gustav-Abolf-Vereins, der bekanntesten Schutztruppe der evangelischen Kirche, gegen die katholische Kirche und das Papsttum gemeldet und geäußert. Dabei ließ er die Bemerkung einfließen, der König von Italien, Umberto, sei nicht mehr Katholik, er sei Protestant geworden. Diese Zwischenbemerkung ist zuweilen nicht ernst genommen worden. Nun erscheint aber die Kölnische Volkszeitung auf dem Plane, das Organ des rheinischen Centrums, und erklärt, sie erfahre von protestantischer Seite, die Behauptung Friedes sei richtig. Der König sei aus Verger über die vatikanischen Angriffe gegen den Dalrinal zum Protestantismus übergetreten. Dies ist eine der ernstlichsten Fälschungen aus dem Geschichtenbuche fürstlicher Lehren. Die Religion wird von hohen Herren so leicht wie ein Hemd gewechselt, wenn es sich darum handelt, weltliche Vorteile für die geistliche Umhütung einzutauschen. August der Starke von Sachsen machte sich und seine Dynastie katholisch, um das Königreich Polen zu ergattern. Heinrich IV. von Frankreich war aus einem Hugenotten Katholik geworden, der französischen Königskrone wegen: Paris, so sagte er, ist eine Messe wert. Der kleine Prinz Boris von Bulgarien, der Sprößling römisch-katholischer Eltern, wird dem Jaren zu liebe griechisch-katholisch getauft. Und gar die in fürstlichen Eheschlüssen vorgenommenen Glaubenswechsel sind Legion. Dies Prinzgehen, evangelisch getauft, schlüpft am Arme eines Kronprinzen in einem halbprotestantischen und ganz bankrotten Lande in den Schutz des griechisch-katholischen Glaubens. Die Moatesnegrinerin, die den Kronprinzen von Italien heiraten soll, tritt von der griechisch-katholischen Religion zur römisch-katholischen über, während der Schwiegervater derweil den Sprung zum Protestantismus gemacht hat; vielleicht muß sich nun die arme Tochter der Schwarzen Berge nochmals nach und umtaufen lassen. Daß Umberto aus Verger über die päpstliche Politik zur Ehre Luthers schwört, ist, immer vorausgesetzt, daß diese Nachricht richtig ist, für uns nur anziehend als Beitrag zur Seelenkunde des Monarchismus. Da die Mißwirtschaft des heutigen Regiments konstant wird durch einen Kronenträger, der päpstlich oder lutherisch getauft ist, ändert an der Erbarmlichkeit der Zustände keinen Pfifferling.

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Schwurgericht) Verhandelt wurde wegen räuberischer Erpressung und 2 wegen versuchter Notzucht und gefährlicher Körperverletzung. Der Arbeiter Friedrich Bensch aus Schönebeck, geboren 1864, wohnt seit 4 Jahren daselbst bei dem Begeleitungsarbeiter Hermann Wegemann, war aber seit dem 1. Januar d. J. die Mietherrin geblieben, die vierteljährlich 23,25 Mark berrug. Nach der Fälligkeit hatte der Wirt Klage erhoben und bei dem Angeklagten pfänden lassen. Frei geblieben waren die Kacheln eines auseinander genommenen Ofens, die Bensch zur Hälfte im Keller, zur Hälfte in einem Schuppen des Wirts untergebracht hatte. Am 28. Juni hatte der Angeklagte einen Käufer zu dem Ofen gefunden und wollte die Kacheln aus dem Keller wegschaffen. Frau Wegemann untersagte ihm dies. Er bedrohte sie aber mit einer eisernen Kiste und versuchte sie dadurch zu nöthigen, ihn ziehen zu lassen. Als sie den Rücken gewandt hätte, gelang ihm dies auch. Nach beendet Arbeit versuchte er dann die Kacheln aus dem Schuppen wegzutragen. Auf dem Hofe trat ihm aber der Wirt entgegen, packte ihn an der Schulter und verbot ihm das Wegschaffen. Bensch warf wütend die Kacheln zur Erde, zog das Messer, hiebete es und rief den Schenkler Wegemann zu: „Weg hier, mach Platz, sonst mache ich Platz!“ Die Schwiegermutter derselben kam hinzu und machte dem Angeklagten Vorhaltungen, zugleich griff Wegemann nach dem Messer, um es dem Angeklagten zu entreißen. In demselben Augenblick schlug dieser ihn aber mit der scharfen Klinge einmal und ein zweites Mal mit der stumpfen Schale auf den Kopf, so daß er heftig blutete. Der Angeklagte war im weitentlichen geständig. Die Geschworenen verurtheilten auf Grund der Verhandlung, unter Berücksichtigung mildernder Umstände, nur gefährliche Körperverletzung und versuchte Notzucht. Demgemäß lautete das Urtheil auf 9 Monate Gefängnis. — Der Arbeiter Friedrich Lampert zu Staßfurt, geboren 1877, kam am 11. Mai d. J. morgens um 4 Uhr vom Ball und traf auf der Chaussee nach Gänsefurt mit einer ihm bekannten 18 Jahre alten Arbeiterin zusammen, die nach der Konjunkturfabrik ging. Er redete sie an und soll sie unflüchtig angegriffen haben, sie auch, als sie sich wehrte, mit dem Spazierstock über den Kopf geschlagen haben und dann davon gelaufen sein. Die Verhandlung fand in nicht öffentlicher Sitzung statt. Die Geschworenen verurtheilten nur teilweise Beleidigung und einfache Körperverletzung. Der Gerichtshof erkannte auf 3 Monate Gefängnis und Publikationsbefugnis.

§ Magdeburg. (Landgericht.) Die Arbeiterfrau Luise Koch hier selbst, geboren 1861, erbrach im April d. J. die Bodenkammer einer Hausgenossin und stahl Wäsche, Kleider und Werte von etwa 9 Mark. Das Urtheil lautete wegen schweren Diebstahls auf 4 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Der Kellner Wilhelm Gustly zu Altona hatte in den achtziger Jahren hier selbst ein Verhältniß mit einem jungen Mädchen, dem ein Kind entsprang. Er wurde stellenlos und führte Diebstähle aus, für die er mit 6 Jahren Zuchthaus büßen mußte. Nach seiner Entlassung im Anfang dieses Jahres hörte er, daß seine Braut, die ihm noch bei ihren Besuchen im Zuchthause ewige Treue geschworen hatte, sich inzwischen verheiratet habe. Wütend darüber schrieb er in einem Zwischenraum von mehreren Wochen 2 Briefe an die frühere Geliebte, in denen er das bei ihr versteckt gewesene Geld, oder wenigstens 300 Mark davon verlangte. Wenn sie sein Verlangen nicht erfüllen sollte, drohte er, so würde er sie wegen Hehlerei anzeigen. Der Gehmann der Briefempfängerin brachte die Sache zur Anzeige und gegen Gustly wurde das Strafverfahren wegen versuchter Erpressung erhoben. Er behauptet heute,

er habe die Diebstähle, wegen derer er bestraft sei, nur ausgeführt, um für seine Braut und sein Kind sorgen zu können. Eines Tages habe er der Ersteren 1200 Mark, die aus einem Diebstahl herrührten, gebracht. Es sei ein Tausendmarkschein und 200 Mark in Gold gewesen. Die Braut habe das Geld in ein Couvert gesteckt, die Scheere aus dem Nähkasten genommen, den Spiegel von der Wand abgehängt, das hintere Brett davon mit der Scheere losgelöst, das Geld zwischen Glas und Brett versteckt und dabei gesagt: „So, da findet es keine Polizei, nun können sie lange suchen!“ Von diesem Gelde habe er entweder alles, oder doch einen Teil zurückhaben wollen, um es den Bestohlenen wiederzugeben. Die als Zeugin vernommene ehemalige Braut bestritt unter dem Eid, jemals Geld von dem Angeklagten erhalten zu haben. Daraufhin wurde derselbe schuldig befunden und zu 9 Monaten Gefängnis, sowie 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Der mehrfach vorbestrafte Schuhmacher Wilhelm Holz aus Angern, geboren 1871, lebte im Juli d. J. von seiner Ehefrau getrennt, die zu ihrer Mutter gegangen war. Am 14. Juli ging er in Abwesenheit der Frauen in die Wohnung der Schwiegermutter, angeblich um sein Kind zu holen, und stahl dabei aus der Kammer 6 Mark. Der Gerichtshof erkannte wegen wiederholter rückfälligen Diebstahls auf 9 Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. — Die Witwe Helmine Krüffel, geborene Kohlmann zu Schnarleben, geboren 1842, wohnt im Armenhause und benutzt die Küche gemeinschaftlich mit anderen Hausbewohnern. Am 14. Juli sah eine Witwe Jürgens nach einer der Stuben und zwar im Auftrage der Eigentümerin. Frau Krüffel wollte ihr einen Schaber nach spielen und schloß die Küche von außen zu. Frau Jürgens war infolgedessen etwa eine Viertelstunde der Freiheit beraubt. Die Angeklagte wurde mit der geringsten geistlich zulässigen Strafe von einem Tage Gefängnis bestraft.

§ Dresden. (Ueberschreitung des Zuchtungsrechts.) Die 37jährige Frau Auguste Bornmann aus Reitz wurde vom Schöffengericht wegen gefährlicher Körperverletzung bezw. Ueberschreitung des Zuchtungsrechts zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Das Weib hatte ihre 9jährige Stieftochter in grausamer Weise mißhandelt. Die Rabenmutter ist von Verwandten zur Arznei gebracht worden. Der Vater hat sein Kind immer in Schutz genommen und ist des Kindes wegen seiner Frau eingekerkert. Die Angeklagte suchte frömmelnd ihre Mißhandlungen zu beschönigen, sie sei von der „edlen“ Absicht geleitet worden, aus dem Kinde, das sie wirklich geliebt hätte, etwas Nützliches zu machen. Das Kind sei aber zu störrisch gewesen und habe sie bei den Nachbarn immer verhöhnt. Ein 9jähriges Mädchen! Das Urtheil ist in Reitz überall mit Genugthuung aufgenommen worden.

T. Magdeburg. (Gewerbegericht.) Der Kellner Sch. beantragt von dem Restaurateur Drog eine Reklamation von 6 Mark. Beklagter hatte das Lokal an dem betreffenden Abend vernietet; die Forderung ginge ihm nichts an, da sich der Wirt Getränke mitgebracht habe. Kläger habe auch für seine Arbeitsleistung Trinkgelder bekommen, wodurch er genügend entschädigt sei. Kläger wird, da ein feiner Vorkauf nicht ausgemacht ist, abgewiesen, auch bezuglich der erhaltenen Trinkgelder mehr als die Forderung. — Die Dienstmagd Th. verlangt von dem Hotelier Schröder, da sie ohne Kündigung entlassen ist, für Kost, Wohnung und Lohn 49,50 Mark. Klägerin hatte die Zeit verstrichen und als ihr von dem Hausdiener gesagt wurde, wenn sie nicht rüberkäme, könne sie oben bleiben, wachte Klägerin ihre Sachen zusammen und wollte fortgehen, wogegen der Beklagte nichts hatte. Klägerin nimmt den Klageantrag zurück. — Die Dienstmagd G. ist von dem Restaurateur Zimmermann ebenfalls ohne Kündigung entlassen worden. Sie beantragt einen Lohn von 1. Juli d. J. bis zum 9. d. Mts. mit 23 Mark, ferner vom 9. bis 17. d. Mts. Lohn in Höhe von 2,67 Mark, außerdem für Kost und Wohnung für die letzt angegebene Zeit 12 Mark, zusammen 37,67 Mark. Beide Teile einigen sich auf 31,67 Mark, die der Beklagte zu zahlen hat.

Militärische Nachrichten.

Die Pensionierung der Generale. Dieser Tage hat die Post. Ztg. ausgerechnet, daß in den 34 Jahren der Regierung Kaiser Wilhelms II. 546 Pensionierungen von Generalen erfolgt sind. In der Ziffer sind die als Regimentskommandeure mit dem Charakter als Generalmajor pensionierten Offiziere aber mit enthalten. Demgegenüber leben aus der Zeit der von 1861—1887 pensionierten Generale noch 276, so daß zur Zeit 757 preussische Generale Pension beziehen. Man sieht daraus, wie unternatürlich — natürlich auf Kosten der Steuerzahler — „verjüngt“ wird. Denn mit diesen Ziffern stehen die Pensionierungen der Stabsoffiziere in entsprechendem Verhältnis. In welchem Lebensalter befinden sich nun die Offiziere seit dem nun 34 Jahre durchgeführten Verjüngungssystem? Nach der Statistik, die in diesem Winter der Budget-Kommission des Reichstages vorgelegt wurde, stellt sich folgendes heraus: Das Durchschnittsalter der kommandierenden Generale betrug bei ihrer Pensionierung 1885 = 63 Jahre, 1895 = 60; die Divisionskommandeure 1890 = 60 und 1895 = 58 Jahre; der Brigadefeldwebel 1890 = 56 und 1895 = 55 Jahre, es ist also stetig zurückgegangen. Der blaue Brief fliegt jetzt viel häufiger als ungeliebter Gast ins Haus als früher. Man ist heute plücker und wechelt gern.

Selbstmord. Ein Soldat des Königin Augusta-Regiments in Spandau, der jetzt zur Reserve entlassen werden sollte, beging am Montag Selbstmord, weil er noch auf einige Tage zum Wachtendienst kommandiert worden war. Von seinen Eltern hatte er noch kurz vorher 50 Mark erhalten.

Tages-Chronik.

Magdeburg, 23. September 1896.

— Den Wählern aus dem Verkreise Rechnung tragend, hat der Verlag der Volksstimme den Lesern freigegeben, im Monat ein Gratisnummer von drei Seiten auszugeben. Diese Nummer können sich beziehen auf Vermählungen, Ziehungeliche, Stellenangebote und Familiennachrichten. Diese Verfügung ist den geehrten Lesern vom 1. Oktober eingebracht. Besondere Rubriken werden diesen Inseraten vorgelegt werden. Die Abonnementrechnung wird gleich die Zeitung über die Inserate sein.

— Das staatsgefährliche Ufchenmännchen. Die keramische Kunststadt von König und Cie. in Neuhaldensleben bei Magdeburg bringt neuerdings praktische Gegenstände, welche politische Tagesfragen in humoristisch-satirischer Form behandeln, in den Handel. Den Anfang hat sie mit einer Ufchenhale gemacht, welcher die Tendenz zu Grunde liegt, daß, wie die Cigarette, langsam zu Ufche gebrannt wird, auch der Volkswohlstand durch die heute tief brennende Steuerlast langsam aber sicher verzehrt, zu Ufche wird. Das Ufchen-Männchen, welches die Ufchenhale enthält, wollen einige als „Miquel“ erkannt haben, und zu diesen scheint der Polizeipräsident v. Mülling (?) in Magdeburg zu gehören, welcher nach der Volkszeitung daselbst einen solchen Ufchenhändler aus einem Schaufenster hat abholen lassen und als ihm die Rechnung zugefandt wurde, erklärte, er habe denselben der dortigen Staatsanwaltschaft übergeben. In Berlin, Frankfurt und anderen großen Städten sind diese Ufchenmännchen ausgestellt, ohne daß die dortigen Polizei hieran anstößiges gefunden hat. (Volksztg.)

— Das Feilbieten von Milch. Auf Grund des § 55 a Absatz 2 der Gewerbeordnung und des Ministerialerlasses vom 4. Oktober 1892 ist für den Umfang des Stadtbezirks Magdeburg das Feilbieten von Milch auf öffentlichen Straßen und Plätzen und an anderen öffentlichen Orten oder von Haus zu Haus an den Sonn- und Festtagen außer bis 9 Uhr vormittags auch von 6 bis 7 Uhr nachmittags gestattet worden.

— Einen traurigen Ausgang nahm eine Lohnbewegung der Schriftgießer der Firma Koch & Co. Daselbst wurde die Arbeit täglich um eine Stunde reduziert, ohne Lohn; des Lohnausfalls. Hiergegen kämpften die daselbst beschäftigten fünf Gießer an und beabsichtigten, die Arbeit niedriger zu legen, falls sie nicht voll beschäftigt wurden. Mit ihrem Lohne konnten die Gießer nicht auskommen. Als sie am Montag morgen mit ihrer Forderung Ernst machten, wurde sie ihnen bewilligt, gleichzeitig aber auch einem Gießer gekündigt, da es an Beschäftigung mangelte. Nach der Unternehmerrlogik möchte dieser Ausweg richtig sein; die Arbeiter waren aber der Ueberzeugung, daß das Geschäft sehr wohl den Ausfall tragen könne, ohne nennenswerten Schaden davon zu haben. Die Gießer, sämtlich verheiratete Leute, beabsichtigten nunmehr, keinen ihrer kommenden Arbeiter gehen zu lassen, und wollten lieber zu den alten Bedingungen weiter arbeiten. Doch diese Lohnbewegung sollte ein trauriges Nachspiel haben. Der Gießer Ernst Schumann war über die Weigerung des Geschäftsinhabers aufgeregt, daß ihn ein Schlaganfall traf. Schumann wurde von seinen Kollegen per Droschke nach Hause gebracht. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod konstatieren. Eine Frau und fünf Kinder beweinen ihren Ernährer. Das Geschäft hat nunmehr seinen Willen — es ist ein Mann weniger. — (H.)

— Von einem Eisenbahnarbeiter geht dem Hamburger Echo folgende Anekdote zu, die der nationalliberalen und antisemitischen Gerechtigkeit gilt: „Wenn man meint, daß wir Eisenbahnarbeiter erst angegriffen werden müßten, um Sozialdemokraten zu werden, so irrt man sich ganz gewaltig. Für diese Aufreizung sorgen andere Leute genügend, indem man uns Arbeiter ausnimmt mehr als die Kapitalisten, denn diese sind zuweilen nicht in der Lage, höhere Löhne zu zahlen, während von der Eisenbahn jährlich Millionen an Ueberlöhnen erzielt werden, welche aber bekanntlich für den Militarismus geopfert werden müßten. Schon längst haben wir Eisenbahnarbeiter eingesehen, daß volle Koalitionsfreiheit der gesamten Arbeiterklasse so notwendig ist, wie frische Luft und wie für die Fische klares Wasser. Wenn nun aber trotzdem vom Staate als Arbeitgeber, der doch seine eigenen Geistes am ersten revidieren sollte, und von der nationalliberalen Partei in zweiter Linie, uns unter geistlich zusehenden Koalitionsrecht vorenthalten wird, so darf man sich auch nicht wundern, daß man sich keine Rechte nimmt und heimlich für die Partei strebt, der anzugehören man als selbstverständlich betrachtet.“ Wir können die Eisenbahnarbeiter nur ermuntern, auf dem berechneten Wege fortzufahren. Die Arbeiterchaft wird der Bewegung der Eisenbahnarbeiter ein offenes Auge und Ohr widmen.

— Ueber die hygienischen Verhältnisse in den Arbeitstätten der Konfektionsarbeiter stellt das Polizeipräsidium Untersuchungen an. Es nimmt dafür die Hilfe von Ärzten in Anspruch. Der Berliner Aerzte-Korrespondenz zufolge hat das Polizeipräsidium eine Reihe von Ärzten ernannt, mitzutheilen, ob sie in ihrer Praxis Schädlichkeiten beobachtet hätten, die auf die Unreinlichkeit von Kranken in den Arbeitstätten der Konfektionsarbeiter zurückzuführen seien. So geschähen in Berlin!

— Verwendung schulpflichtiger Kinder. Der Vorwärts legt den Genossen ans Herz, bei Beginn des Winterregens, wo Genossen diesem Sport huldigen, nicht zu duden, daß schulpflichtige Kinder zum Regelaufhängen verwendet werden.

— Die in den Häfen der Glückseligkeit gedendeten Maschinenbau- und Metallarbeiter (Hirsch-Lundericher Oberrhein) berufen auf Sonntag, den 10. Oktober eine Ortsverbandversammlung ein, in der ein Vortrag über „Schmerzerlinge und Käser sowie Schällinge dieser Gattungen“ gehalten werden soll. Näheres wäre ein Vortrag über die Lage der hiesigen Metallarbeiter und deren Teilnahmslosigkeit.

— Der General-Anzeiger ist nach eigenem Gehändnis die Zeitung der Provinz. Schlimm genug, daß „alle Schichten der Bevölkerung“ sich begnügen mit einer so last- und krankhaften geistigen Speise und sich nicht scheuen, einzelnen Personen die Trüben zu fällen.

— Mit dem Amtlichen Anzeiger in die Sachienbahn in Konflikt geraten. Sie hat dem Anzeiger vorgeworfen, daß er sich mit anderen Blättern, (namentlich der Volksstimme) zur Unterdrückung des Reichstums verbunden habe. Der Anzeiger hält dies für eine plumbe Unterstellung und Verächtlichmachung der anderen hier erscheinenden Zeitungen. Wir weisen die Andeutung des Anzeigers zurück. Die Sachienbahn kann die Volksstimme nicht verächtlich machen, wenn wir auch von der plumbe Journalistik der Sachienbahn überzeugt sind.

— Unser Mitbürger Reindel ist infolge der fortwährenden falschen Blättermeldungen aus Nah und Fern mit Anfragen von Personen (darunter Abbecker Schambacher, Schneider, Nachwächter etc.) überhäuft worden, die den angeblich frei werdenden Posten gerne besetzen möchten. Aber jetzt aber die falschen Meldungen in die Welt, und was wird damit bezweckt? Die Frage zu beantworten, wäre auch nicht uninteressant.

— Unfall. Der Knabe F. erhielt in einem Gesellschaftsgarten beim Ansehen von einer im Schwunge befindlichen Schaufel einen so harten Schlag an den Hinterkopf, daß er eine Lendenwunde erlitt, die die Kranprahme arztlicher Hilfe in der allernächsten Krankenanstalt nötig machte. (H.)

— Das Panorama am Kaiser-Wilhelm-Platz ist am letzten Sonntag von etwa 1500 Personen besucht worden. Das Rundgemälde wurde mit großem Interesse betrachtet. Für Militärs vom Feldwebel abwärts hat der Besitzer das Eintrittsgeld um die Hälfte ermäßigt. Wir richten an die Direktion die Bitte, Einrichtungen treffen zu wollen, daß auch das unbenutzte Publikum dieses Gemälde besichtigen kann. Vielleicht empfiehlt sich jeden Sonntag nach dem ersten eines Monats ermäßigte Preise festzusetzen.

— Frohlic. (Unterdrückungen) Die von dem Gemeindevorstand Schare im Amte begangenen Unrechlichkeiten stellen sich doch als bedeutender heraus, als man anfangs annahm. Die Gemeinde ist empört über die Handlung des Schare, dem viel Vertrauen geschenkt wurde. Bei allen patriotischen Gelegenheiten wählte er die Geige Nr. 1.

— Schönebeck. (Engländer.) Als Dienstag mittag 1 Uhr die mit dem Kohlenzuge von Eggersdorf gekommenen, für die Saline bestimmten Kohlenwagen nach der Saline gerückt wurden, entgleiste der erste (bzw. der letzte) Wagen und legte sich sofort an über die Schienen; weitere drei Wagen entgleisten ebenfalls. Alle wurden schwer beschädigt oder zerrümmert. Der Verkehr machte der Aufbesserungsarbeiten halber bis 3 Uhr, wo ein Gleis frei wurde.

— Creisch. (Am Dienst geblieben.) Auf dem Bahnhofe zu Calum wurde der dort beschäftigte Postbeamte Gicicicicic von einem Zuge erlöst und getödtet.

— Kästel. (Ein Dreizehnjähriges Mädchen vergewaltigt.) Kurz vor dem benachbarten Dorfe Niederwehren wurde ein 13jähriges Mädchen von dort, auf dem Heimwege von Altemitte begriffen, von

Bericht der Parteileitung.

Allgemeines.

Die Eröffnungsszene auf dem vorjährigen Parteitag trug beinahe dem Genossen Liebnecht eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung und im weiteren Verlauf eine 4 monatliche Haftstrafe ein. Die Sache schwebt noch in der Revisionsinstanz. Die Begründung des Urteils ist eine der neueren Entscheidungen der Rechtsprechung, die der Laienverstand nicht zu fassen vermag. Das Urteil ist auf dem Dolus eventualis aufgebaut.

Ebenso unverständlich bleiben dem gewöhnlichen Menschenverstand folgende Vorgänge: In unserem Leipziger Lager erschien ein Artikel „Deutschtum und Hohenzollern“, der sich als eine geschichtliche Reminiszenz präsentierte, und von mehreren Blättern nachgedruckt wurde. Der Artikel blieb in Leipzig unbeantwortet. In Breslau trug er dem Genossen Zahn 4 Monate Gefängnis ein. Der Redakteur des „Volkswillen“ in Hannover wurde freigesprochen. Desgleichen Genosse Ströbel in Kiel. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft kam die Sache an das Landgericht in Kiel zurück und erfolgte nunmehr auf Grund der Entscheidung des Reichsgerichts die Verurteilung zu 4 Monate Gefängnis, während das Reichsgericht die Freisprechung in Hannover bestätigte.

Im Anschluss an die Verhandlungen des Parteitages in Breslau konstituierte sich die neugewählte Parteileitung am 12. Oktober v. J. Die darauf bezügliche Bekanntmachung wurde unterm 17. Oktober in Nr. 244 des Vorwärts vom vorigen Jahre veröffentlicht. Die Tätigkeit der neugewählten Parteileitung war nur von kurzer Dauer. Am 25. November wurde auf dem Bureau der Parteileitung, in den Wohnungen der Mitglieder derselben, bei den Vertrauensleuten der 6 Berliner Wahlkreise, den Vorstandsmitgliedern der 6 Berliner Wahlvereine, der Berliner Press- und Lokalkommission, sowie den Mitgliedern der Brandenburger Agitationskommission Hausdurchsuchung gehalten und am 30. November über alle genannten Körperlichkeiten die vorläufige Schließung verhängt, wegen Verstoßes gegen § 8 des preussischen Vereinsgesetzes.

Der Ausgang des am 15., 16. und 18. Mai d. J. durchgeführten Prozesses ist bekannt. Die Parteileitung (Vorstand und Kontrolleure) wurden zum Verein gestempelt, der sich vorfindenden Bezugsheft schuldig gemacht habe und wurde auf dessen dauernde Schließung erkannt. Die Sache schwebt noch in der Revisionsinstanz.

Eine Kritik dieser unter Köllerscher Regide eingeleiteten Aktion erübrigt sich. Es genügt zu bemerken, wir waren seit dem unter den Tischfallen der Umsturzvorlage darauf vorbereitet. Der Schlag, der die Partei in ihrem Lebensnerv treffen sollte, war ein Schlag in die Luft. Die Leitung der Partei ging unmittelbar auf die Reichstagsfraktion über. Am 30. November gab der Parteivorstand die Einstellung seiner Tätigkeit bekannt und am 4. Dezember veröffentlichte die Fraktion ihre gefassten Beschlüsse, nach welchen der Fraktionsvorstand mit der Leitung der politischen Geschäfte und der in Hamburg eingesetzte geschäftsführende Ausschuss bestehend aus den Genossen Förster, Könen und Wolfenbutter, die sich später die Genossen Gerich und Pfannkuch kooperierten, mit den Verwaltungsgeschäften betraut wurde. Als wenn nichts vorgefallen wäre, ging alles seinen regelten Gang.

Nach dem am 24. März 1894 erfolgten Verbot der Esselohringischen Volkszeitung führten die Genossen der Reichslande den Esselohringischen Volksfreund als Parteiorgan ein. Nach kaum 1 1/2 jähriger Existenz verfiel er dem gleichen Schicksal seiner Vorgängerin. Anlaß, den Diktaturparagrafen wieder in Erinnerung zu bringen, bot den Behörden die am 7. Oktober 1895 erfolgte Ermordung des Mühlhauer Industriellen Schwarz durch einen entlassenen früheren Arbeiter. Der Mord war, wie gerichtlich festgestellt wurde, ein Akt persönlicher Rache, er stand nicht im leichenen Zusammenhang mit der Parteibewegung. Nichtsdestoweniger verurteilte das als Regierungsblatt geltende Organ die Rechtfertigung der Mordtat und die Verurteilung des Volksfreunds mit der Behauptung, der Mörder sei Feind des Volksfreunds gewesen und hätte den Entschluß der unethischen That unter dem verführerischen Einfluß einer plamphletartigen Heft gegen die Fabrikanten gefaßt. Hätte man geschwiegen, es wäre besser gewesen. Das geschah unter dem Regime des Herrn v. Köller. Acht Monate vorher bezeichnete Staatssekretär v. Puttkamer in der Sitzung des Reichstages vom 30. Januar 1895 den Inhalt des „Volksfreunds“ als „matte Limonade“ gegenüber der früheren Esselohringischen Volkszeitung. Aber warum wäre der Diktaturparagraf da, wenn er nicht sollte angewendet werden, kam doch ein sozialdemokratisches Blatt in Betracht.

In die Breiße sprang die Verwaltung der Mannheimer Volksstimme. Der Gewaltstreik gegen den Volksfreund war die Ursache, daß ein lange gehegter Wunsch der reichsständischen Genossen in Erfüllung ging. An Stelle des dreimal wöchentlich erscheinenden Volksfreunds erhielten die Genossen über Nacht ein täglich erscheinendes Organ.

Infolge der aufsteigenden Konjunktur war das Jahr reich an Lokalkämpfen. Die Berliner Arbeiterschaft stand dabei in der vordersten Reihe mit. Hauptächlich war es der Streik der Konfektionsarbeiter, der die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich zog und dem durch die Bloßlegung der in der Konfektion herrschenden Schanden, vor allem durch die in derselben gezahlten Hungerlöhne, sich die Sympathie aller derer zuwandte, die noch nicht gänzlich dem Götzendienste des goldenen Kalbes verfallen waren. Die öffentliche Meinung, die sich ungeteilt auf Seiten der Streikenden neigte, veranlaßte selbst die Nationalliberalen zu einer parlamentarischen Aktion.

Am 12. Februar d. J. stand im Reichstag die folgende von den Nationalliberalen eingebrachte Interpellation zur Beratung:

Zu dem Bericht des Reichstages vom 11. Mai 1885 sind dem Reichstag am 29. April 1887 die Ergebnisse der von den Bundesregierungen angeordneten Ermittlungen über die Lohnverhältnisse der Arbeiterinnen der Wäsche- und Konfektionsindustrie, sowie über den Verkauf oder die Lieferung von Arbeitsmaterial (Nähmaschinen etc.) seitens der Arbeitgeber an die Arbeiterinnen und über die Höhe der dabei berechneten Preise zugegangen.

Nachdem sich die Lage dieser Arbeiterinnen seit jener Zeit noch ungünstiger gehalten hat, richten die Unterzeichner die Anfrage an die verbündeten Regierungen:

welche gesetzgeberischen Maßnahmen dieselben zum Schutz für Gesundheit und Zurückheit und gegen Ausbeutung dieser Arbeiterinnen durch das Drucksystem zu ergreifen beabsichtigen?

Im Verlauf der Debatte erkannte der damalige preussische Handelsminister Herr v. Berlepsch den Streik als einen berechtigten an. Die Thatsache verdient um deswillen registriert zu werden, als 10 Jahre früher von derselben Stelle aus, von dem damaligen preussischen Minister des Innern v. Puttkamer die Behauptung aufgestellt wurde, hinter jedem Streik lauer die Hydra der Revolution.

Noch ein anderer Vorgang sei erwähnt. Der Magistrat von Bärzberg sah sich in seiner Sitzung vom 21. Februar veranlaßt, seine Sympathie der Bewegung der Berliner Konfektionsarbeiter auszusprechen und das Gerücht der Gewerkschaften, eine öffentliche Selbstmordaktion zu veranstalten, bei der Kreisregierung zu bestätigen. Ein Vorgang in Deutschland, bis jetzt einzig in seiner Art. Ein Gewinn ist der Propaganda aus dem Streik erwachsen, es ist die dem letzten Arbeiter zum Bewußtsein gekommene Überzeugung von der Treulosigkeit eines großen Teiles des Unternehmertums.

Die Palme, an der Spitze der Reaktion zu marschieren, läßt sich Sachsen nicht streitig machen. Die Freisetzung des direkten Wahlrechts bei den Wahlen zur sächsischen Kammer war von langer Hand geplant. Die Wahlrechtsverfälschung sollte das Korrektiv für die vom Reichstag abgelehnte Umsturzvorlage bilden. Am 4. Februar 1896 wurde die Vorlage in der II. Kammer ein-

gebracht, in der sie am 6. März und in der I. Kammer am 18. März zur Annahme gelangte.

Die Gegenagitation wurde von den Parteigenossen in der kräftigsten Weise geführt. Zu den ersten Versammlungen, in denen die Genossen Liebnecht und Bebel in den Vororten bei Leipzig referierten, waren Zehntausende herbeigekrümmt. Die Versammlungsräume vermochten die Demonstranten nicht zu fassen.

Seider fand die Wahlrechtsagitation einen die Genossen nicht allseitig befriedigenden Abschluß. Während der eine Teil der sächsischen Genossen es für zweckmäßig und notwendig erachtete, auch unter den verschlechterten Verhältnissen den parlamentarischen Kampf unentwegt weiter zu führen, hielt es der andere Teil für am geratensten, die Verschlechterung des Wahlrechts mit der sofortigen Niederlegung der im Besitz der Partei befindlichen Mandate zu beantworten.

Neben der großen Aktion der Wahlrechtsverfälschung laufen die kleinsten Maßnahmen. Wir verweisen nur auf die am 6. Juli verhängte Aufenthaltbeschränkung des Genossen Rosenow in Chemnitz. Sachsen gebührt der Ruhm, den § 21 des ehemaligen Sozialistengesetzes in das gemeine Recht hinübergerettet zu haben.

Auf dem Gebiet des Vereins- und Versammlungswesens geht der Geist Lessendorfs wieder um. Nicht nur allein in Sachsen, wo in Reichenbach einem Redner von dem überwachenden Beamten das Wort entzogen wurde, weil dem letzteren die Sprechweise des Redners, der schreiende Ton irritierte, sondern auch in Preußen, Bayern und auch neuerdings in Baden, werden die verwunderlichsten Versammlungsverbote erlassen oder gewerkschaftliche Verbände zu politischen Vereinen oder öffentlichen Versammlungen zu Vereinsversammlungen erklärt. In Walheim wurde die Kaffeefeier verboten, weil Kaffeehaus wegen Aufreizung bestraft und eine Verherrlichung desselben ein Mittel sein würde, den von der Sozialdemokratie großzügigen und genährten Haß der arbeitenden gegen die besitzenden Klassen zu schüren. Der Zweck ist ein offenkundiger. Die Teilnahme des weiblichen Geschlechts am politischen Leben und die Abhaltung der die Agitation fördernden Feste soll unmöglich gemacht werden. In Bayern ist ein derartiges Vorgehen schon längst ständige Praxis geworden. Preussische Land- und selbst fortschrittliche Stadträte haben es in der Kultivierung des Nachahmungstriebes auch weit gebracht. So mußten die Harburger Genossen, die einen Ausflug nach der Pöbe gemacht hatten, auf den Tanz verzichten, weil die Veranstaltung von dem Landratsamt des Kreises als eine vom sozialdemokratischen Verein veranstaltete Versammlung angesehen wurde, an der Frauen, Schüler und Lehrlinge die Teilnahme verboten sei. In Hannover und Hildesheim wurden nicht nur die örtlichen Zählstellen gewerkschaftlicher Verbände als politische Vereine erklärt, sondern auch öffentliche Branchenversammlungen, wie die der Buchbinder, als öffentliche Versammlung eines politischen Vereins angesehen und als der geforderten Entfernung der Arbeiterinnen nicht Folge gegeben wurde, die Versammlung aufgelöst.

Allen die Krone setzt ein Vorgang im Kreise Nettmann auf. Dort war die Kaffeefeier den Genossen in Wintelsmühle verboten. Der Wirt des Lokals veranstaltete ein Freikonzert, was als eine Umgehung des Verbots betrachtet wurde, und kurzer Hand die Konfiskation der Mundstücke der Musikinstrumente erfolgte. In Zemppe wurde die Feier ebenfalls verboten und eine auf den 30. August einberufene öffentliche Versammlung als solche des sozialdemokratischen Volksvereins signalisiert, auf die der § 8 des Vereinsgesetzes Anwendung finde. Der die Verfügung zeichnende Herr war früher Vorsitzender des Vereins der freimüthigen Volkspartei. Mehr kann man nicht verlangen. Nach alledem ist mit der Thatsache zu rechnen, daß die Agitation und namentlich die Organisation unter den Arbeiterinnen mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird.

Wie es scheint, soll die Teilnahme der Arbeiterinnen am Klassenkampf der Arbeiterklasse mit Hochdruck verhindert werden. Vergeltliches Bemühen.

Eine einheitlich betriebene Agitation gegen die Gefindordnung scheiterte bisher an der Vieltheiligkeit und Unrichtigkeit der letzteren. In jedem Land, in fast jeder Provinz werden die Gefindordnungen andere Bestimmungen auf. Der Kampf gegen dieselben haben deshalb die Genossen in Versammlungen und in der Presse, je nach Ort und Beschaffenheit der Verhältnisse nach eigenem Ermessen geführt. Es wird in derselben Weise auch fernerhin verfahren werden müssen.

Den Landtagen der Einzelstaaten ist die Aufgabe zugewiesen, das Verbot des Verbindungsretens der politischen Vereine zu befeitigen. Bei der Zusammenfassung der Landtage in jede Erweiterung des Vereins- und Versammlungsrechts über das vorgedachte Maß hinaus ausgeschlossen. Soll es anders werden, muß das Klassenwahlrecht befeitigt werden. Deshalb bietet die in die Landtage verlegte Aenderung des Vereins- und Versammlungsrechts für die Genossen eine günstige Gelegenheit mit aller Kraft und Nachdruck in die Agitation für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts einzutreten.

Der von dem Parteitag der Parteileitung gewordene Auftrag geeignete Personen mit der Aufgabe zu betrauen, das über die deutschen Agrarverhältnisse vorhandene Material einem gründlichen Studium zu unterziehen und die Ergebnisse dieses Studiums als „Sammlung agrar-politischer Schriften der sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ zu veröffentlichen, ist in die Wege geleitet.

Agitation. Von jeder haben die Genossen den Parteitag für die Gegend, wo derselbe abgehalten wird, hohen agitatorischen Wert beigelegt. Deber der jährliche Wechsel in der Wahl des Orts und die Konkurrenz der Parteiorde und die Obre der Abhaltung des Parteitages.

Vor und nach dem vorjährigen Parteitag wurde von den auf der Hin- und Herteile verständlichen Delegierten hauptsächlich in Sachsen eine intensive Agitation betrieben. Sowie Delegierte auch Referate übernahmen, alle eingelaufenen Wünsche konnten Berücksichtigung nicht finden.

Die Nachfrage nach Referaten ist bei der Parteileitung eine stets rege. Den Anforderungen konnte vielfach besser genügt werden, verlangten die Genossen nicht stets einen Reichstagsabgeordneten haben zu wollen. Die wenigsten unserer Abgeordneten betrafen sich in unabhängiger Stellung. Die Ausübung des Mandats verurteilt vielen eine unliebbare Störung ihres bürgerlichen Berufs, die sie auf das geringste Zeitmaß zu verkürzen trachten. Unter solchen Umständen ist es nur zu erklärlich, weshalb die Agitation auf den Schultern einiger Weniger ruhen bleibt. Diese Wenigen mußten deshalb desto härter angepannt werden, um den geforderten Anforderungen zu genügen.

Zur Unterbringung der mündlichen Agitation betrieben die Genossen in der rührigsten Weise die Flugblattverteilung. Die Unterbringung der Parteileitung hierzu wurde von den Genossen in der Mark, in Bannern, der Provinz Sachsen, in Preußen, dem Saar- gebiet und in Süddeutschen in Anspruch genommen. In letzterer Provinz wurde ein Flugblatt in deutscher und polnischer Sprache verbreitet.

In Sachsen und Preußen wurde seitens der Behörden nachdrücklich gegen die Flugblattverbreiter vorgegangen, hauptsächlich bei in Preußen die in Kraft gebliebene Bestimmung des preussischen Pressgesetzes, wonach eine Verbreitung von Traktaten an öffentlichen Orten, auf Straßen und Plätzen, von der Erlaubnis der Vorbehaltbehörde abhängig ist, die Handhabung. Ergänzung sind vorübergehende Bestimmungen in einzelnen Provinzen durch die Anweisung hundert Jahre alter Sabbatordnungen, und den von der Behörde großen Umfangs handelnden § 360 des Strafgesetzbuches

Als Kampfpartei haben wir darauf zu achten, daß der zentralen Organisation der Partei die größte Aufmerksamkeit gewidmet wird. Doch läßt sich nicht alles schablonenmäßig von einer Centralstelle aus leiten. Die Bildung von Kreis- und Provinzial- Agitationskomitees war die Folge, und fiel diesen die Betreibung der Agitation zu. Es trat somit allmählich eine in der Sache begründete Decentralisation ein, die in den Parteitag der Provinzen und Einzelstaaten ihre Spitze fand und erhielt.

Nur den im laufenden Monat noch stattfindenden Parteitagen für das westliche Westfalen, für beide Mecklenburg und Lübeck, sowie für Brandenburg und Braunschweig, haben für alle Landes- teile Provinzial- oder Landesparteitage stattgefunden.

Bei alledem können wir nicht unterlassen, den Genossen die Pflege des Systems der Vertrauenspersonen warm ans Herz zu legen. Viele Parteiorde erinnern sich nicht der aus den §§ 4 und 5 des Organisationsstatuts ergebenden Pflichten gegenüber der Parteileitung. Die Parteileitung würde in Erledigung ihrer Aufgaben eine wesentliche Stütze finden, würden die Vertrauenspersonen regelmäßig, mindestens einmal im Jahr, einen Situationsbericht an dieselbe einreichen.

Der schriftliche Verkehr der Genossen mit der Parteileitung bewegte sich auf gleicher Höhe wie im Vorjahr. Die durch die Schließung des Parteivorstandes verursachte kleine Störung fand sehr rasch ihre Ausgleichung. Im übrigen war das Bild der Bewegung das gleiche wie immer.

Wahlen. Ein die Agitation förderndes Mittel sind die Wahlen, bei denen die Genossen ihre Kraft erproben und Erfolge erringen können. Bei acht Nachwahlen zum Reichstag war die Partei engagiert. Und zwar in Dortmund, Herford-Halle, Mähren-Schweinfurt, Osnabrück, Neuruppin-Templin, Ansbach-Schwabach, Klettischen, Schwesig und Halle a. S. Letzterer Kreis, der uns 1893 verloren ging, wurde glänzend im ersten Wahlgang zurückerobert, und Dortmund, der lang unstrittene Kreis, den Nationalliberalen in der Stichwahl abgenommen. Der Sieg in Dortmund war ein harter Schlag auf das Haupt der Schlotbarone.

Die Behauptung der Krautunter, an dem antikollektivistischen Schädel der Bauern breche sich die sozialdemokratische Hochflut, ist durch die Nachwahlen ab absurdum geführt. In den fast rein ländlichen Wahlkreisen Herford-Halle und Neuruppin-Templin hat eine Steigerung unserer Stimmen um 600 bzw. 700 stattgefunden. In drei weiteren Kreisen — Brandenburg, Mainz und Gießen — stehen Nachwahlen bevor. Während es gilt, Mainz zu behaupten, ist ein Sieg in Brandenburg nicht ausgeschlossen. Auch in Gießen hat die Partei durch die Einführung der Mitteldeutschen Sonntag-Zeitung große Fortschritte gemacht, die zu den schönsten Erwartungen berechtigen.

Den im vorjährigen Bericht angegebene Bestand unserer Partei in den Landtagen der Einzelstaaten haben wir im wesentlichen behauptet. Bei den am 17. Oktober v. J. stattgefundenen Ergänzungswahlen zum sächsischen Landtag ging uns zwar Krimmich verloren, wir eroberten aber dafür Dresden III. Bei der Nachwahl im Kreise Merane-Pinsbad am 25. Februar d. J. fiel uns dieser Kreis mit 300 Stimmen Mehrheit zu.

Mit dem Sieg im Kreise Georgenthal eroberten unsere Gothaer Genossen den zweiten Sitz im Landtag. Formaler Verluste wegen konnte der Gewählte — Genosse Wolf — nicht zur Ausübung des Mandats gelangen. Die bevorstehenden Neuwahlen in Gotha bieten den Genossen Gelegenheit, ihre Rechnung mit den Gegnern auf neue zu begleichen.

In Hessen sind die Vorbereitungen zu den bevorstehenden Landtagswahlen im vollen Gange. Die Aussichten sind günstig.

In Württemberg ist durch den Tod des Genossen Glaser das Ganntatler Mandat frei geworden. Dasselbe wird hart umstritten. Kandidat der Partei ist Genosse Tauscher, einer von der alten Garde. Mehr noch wie in die Landtage gelang es den Genossen, sich Eingang in die Gemeindevertretungen zu verschaffen. Viele Thatsache ist Beweis dafür, daß in den Kreisen des Kleinbürgertums sich die Einsicht von seiner wirtschaftlichen Haltlosigkeit Bahn bricht und in stetig wachsender Zahl unserer Partei zuwendet.

Bei den Gemeinde-Ergänzungswahlen in Berlin behauptete die Partei ihren Bestand, obwohl die Freimüthigen die verschiedenen Antragsstellungen machten, uns zu werben. Wir verloren zwar einen Bezirk, gewonnen dafür aber einen andern. In allen Bezirken hatten wir einen starken Stimmenzuwachs zu verzeichnen. In Leipzig eroberten wir 6 neue Siege, in Markstraße 12 und in Hirschheim 16 Siege, demzufolge es den Genossen gelang, zwei Sitze im Stadtrat mit Genossen zu besetzen.

Auch in einer Reihe reichsständischer Orte war die Partei siegreich. Es wurden gewählt in Muthausen 2, Markfeld 5, Kolmar 1, Straßburg 3 und Zaargemünd 3 Genossen.

Ein weiteres Gebiet, ihre Kraft und ihren Einfluß zu erproben, bieten den Genossen die Wahlen zu den Gewerbegerichten. Mit einzelnen Ausnahmen in Orten mit streng ultraromanter Bevölkerung blieb die Partei in der Klasse der Arbeiter und den Gewerbegelehrten vielfach sogar unbesiegt.

Gegenüber der sonst ausserordentlichen Regsamkeit und Beharrlichkeit des Parteiführers der Genossen, ergaben die diesjährigen Wahlen in Braunschweig ein Minus von 300 und in Bannern sogar von 600 Stimmen gegen die vorherigen Wahlen. Das dürfte nicht vorfallen. Die Genossen haben bei allen Aktionen stets die volle Thatsache einzusehen, um sich vor Ueberrumpelungen zu schützen.

Neben der Rechenschaft in gewerblichen Streitfällen kann das Gewerbegericht als Einigungsamt der Streiks zc. angesehen werden, wie das in den letzten Monaten vielfach geschehen ist. Sogar in den Gewerbegerichten klammernsüchtige Arbeiter, die sich es den Unternehmern niemals gelingen, durch Ränke und Schliche die Ursachen des Streiks zu verdrängen und das Kampffeld zu verlassen, eine Gefahr, die immer besteht. Zu erwähnen ist noch, daß die Genossen eifrig bemüht sind, die Verwaltung der Ortsämter zu beeinflussen. Dieser lobenswerte Eifer ist eine glänzende Widerlegung der von unseren Gegnern häufig wiederholten Behauptung, unsere Partei negiere die durch die Sozialgesetzgebung den Arbeitern gebotenen Vorteile.

Wie anangenehm den Unternehmern diese Beiträge sind, dafür geben die elenden Verdrängungen Zeugnis, die vertrieben in den kapitalistischen Organen wiederkehren und die dahin gehen, es sei den Sozialdemokraten nur darum zu thun, ihre Führer in sichere Protokollen zu bringen. Gönnen wir unseren Feinden ihren Argers über die wachsende Bedeutung unserer Partei und freuen uns, daß alle sozialpolitischen Einrichtungen, die bestimmt sind, uns den Wind aus den Segeln zu nehmen, diese zu weiter Fahrt aufblähen. Wir können den Genossen nur raten, auf dem eingeschlagenen Kurs das Steuer mit fester Hand zu führen.

Die Raiffeisen. In Bezug auf die Raiffeisen beschloß der vorjährige Parteitag: Als würdige Feind des 1. Mai betrachtet die Partei die allgemeine Arbeitsruhe. Daher empfiehlt der Parteitag denjenigen Arbeitern und Arbeiterorganisationen, die ohne Schädigung der Arbeiterinteressen den 1. Mai neben anderen Kundgebungen auch durch die Arbeitsruhe feiern können, Arbeitsruhe einzutreten zu lassen.

Der eingetretene geschichtliche Umbruch getraute den Arbeitern, dem Beschluß in umfassender Weise Folge zu leisten. In den größeren Städten ruhte die Arbeit in ausgedehntem Maße. Berlin markierte an der Spitze. Die Branchen weitestgehend miteinander. Verhandlungsgewisse willigen zahlreiche Unternehmer auf erfolgreiche Vorkellung der Arbeiter ein. Ihre Fabriken am 1. Mai zu schließen. In manchen Provinzialstädten erreichte der Besuch der

*) Bekanntlich ist die Wahl von vier Sozialdemokraten erfolgt. D. N. d. B.

Morgenbesprechungen eine 2000 Personen übersteigende Teilnehmerzahl.

Das teilweise Eingehen der Unternehmer auf die Wünsche der Arbeiter in Verbindung mit der Unterstützung der Parteileitung...

Ein Echo fanden diese Tiraden nur bei den Kühnemännern, die leben am 1. Mai feiernden mit dem Ausschluß von der Arbeit...

Einige Forderungen, die vermeintlich hinter den Kühnemännern nicht zurück zu lassen, faßten zwar Resolutionen gegen die „unvollständig“ und in ihren Forderungen „unerschämten“ Arbeiter...

Die Parteipresse. Die die unten folgende Tabelle ziffermäßig ausweist, hat die Zahl der erscheinenden Organe eine Verminderung erfahren.

In Stelle der eingegangenen Blätter ist im Eisenacher Kreis das Volkstblatt, in Burgen die Leipziger Volkszeitung und im Kreis Zeitungs-Nachrichten des Halleischen Volksblatt eingegangen.

Der Eingang der drei Gewerkschaftsblätter ist ein direkter Gewinn für die Gewerkschaftsbewegung. Er wurde bedingt durch die Verschmelzung dieser Vereine mit bestehenden größeren Verbänden der Gewerkschaften.

Die folgende vergleichende Tabelle giebt ziffermäßig Aufschluß über den Stand der Parteipresse.

Table with 6 columns: Year (1891-1896) and 6 rows of newspaper data (a) and (b).

Als wissenschaftliche Revue erscheint wöchentlich der J. H. S. dies in Stuttgart die Neue Zeit.

Die in Preußen beschlossene Verleumdung des Herrn Meißner auf 40 Mk. hat die erhoffte Steigerung der Reichsfrage...

Die gegenwärtig angelegte Auflage mit 140000 Exemplaren wird die wichtigste politische Zeitschrift Deutschlands sein.

Die in den letzten Tagen veröffentlichten Gründe, die die Partei für die Wahl der Reichstagswahl 1896...

Die in den letzten Tagen veröffentlichten Gründe, die die Partei für die Wahl der Reichstagswahl 1896...

Table A. Eingänge: showing financial data for 1895 and 1896.

Table B. Ausgänge: showing financial data for 1895 and 1896.

Der Gesamtüberschuss beträgt Mk. 52 073,60. Berlin, den 18. September 1895.

Im Auftrage des Partei-Ausschusses revidiert und mit Belägen richtig befunden. H. Meißner, Clara Zetkin, Erd. Dubber.

Die Preßkommission hat nach dem im Prozeß Meißner und Genossen gefällten Urteil, das die vorläufige Sanktion derselben aufgehoben, ihre Thätigkeit in dem früheren Umfang wieder aufgenommen.

Die Begleichung der Druckkassen von dem Sozialdemokraten nicht noch aus vielen Orten aus. Wiederholte Mahnungen sind bisher fruchtlos geblieben.

Die Zahlung-Abrechnung unseres Central-Wochenblattes Der Sozialdemokrat von Juli 1895 bis 30. Juni 1896 ergibt folgendes Resultat:

Table A. Eingänge: showing financial data for 1895 and 1896.

Table B. Ausgänge: showing financial data for 1895 and 1896.

Reber des Geschäftsberichtes der Buchhandlung Vorwärts während des Jahres 1895/96 können wir folgende Bemerkungen machen:

Sowohl der Warenumsatz als der Erlösergebnis waren im Geschäftsjahre 1895/96 merklich als im Vorjahre, und zwar ersterer um 15000, letzterer um 9000 Mark.

Die jedoch der Grad der Buchhandlung Vorwärts in erster Linie durch die Ausgabe abhängt, ist demnach nicht, sondern vielmehr die Verbreitung sozialistischer Literatur, so kann trotz des scheinbaren Rückganges in diesen Zahlen das Jahresergebnis ein völlig zufriedenstellendes genannt werden.

Die Organisation ganzer Orte und Wahlkreise vernachlässigen ihre parteieigenen Pflichten in der größtmöglichen Weise, indem sie von ihren Einnahmen Jahr für Jahr keinen Pfennig an die Parteikasse abführen.

Die Beispiele könnten noch um viele weitere vermehrt werden, doch wird das Vorgeführte hoffentlich genügen, um die Genossen allerorts auf einen jeher wunden Punkt in unserem Parteeleben aufmerksam zu machen.

Table showing financial data for 1895 and 1896, including general income and expenses.

Die jedoch der Grad der Buchhandlung Vorwärts in erster Linie durch die Ausgabe abhängt, ist demnach nicht, sondern vielmehr die Verbreitung sozialistischer Literatur, so kann trotz des scheinbaren Rückganges in diesen Zahlen das Jahresergebnis ein völlig zufriedenstellendes genannt werden.

Von der Mai-Zeitung wurden 320 000 Exemplare abgesetzt, von der März-Zeitung trotz der zu Unrecht erfolgten Konfiskation der Breslauer Staatsanwaltschaft 98 000 Exemplare.

Die auf so vielen Parteitagen gestellten Verlangen nach Jugendliteratur hat die Buchhandlung Vorwärts durch Herausgabe des Buchs der Jugend von Emma Adler ebenfalls zu entsprehen versucht.

Wenn wir neben dieser propagandistischen Thätigkeit der Buchhandlung Vorwärts noch hervorheben, daß sie auch der Parteikasse zur weiteren Agitation im verflochtenen Jahre — vom 1. Juli 1895 bis 30. Juni 1896 — 20 000 Mark zur Verfügung stellen konnte — gegen 14 000 Mark im Vorjahre —, so glauben wir unsere Aufzählung oben mit Recht dahin präzisieren zu dürfen, daß Stand und Thätigkeit derselben als zufriedenstellend erachtet werden kann.

Die Organisation ganzer Orte und Wahlkreise vernachlässigen ihre parteieigenen Pflichten in der größtmöglichen Weise, indem sie von ihren Einnahmen Jahr für Jahr keinen Pfennig an die Parteikasse abführen.

Die Beispiele könnten noch um viele weitere vermehrt werden, doch wird das Vorgeführte hoffentlich genügen, um die Genossen allerorts auf einen jeher wunden Punkt in unserem Parteeleben aufmerksam zu machen.

Im einzelnen verteilen sich die Einnahmen und Ausgaben wie folgt:

Table showing financial data for 1895 and 1896, including general income and expenses.

Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Parteikasse

vom 1. September 1895 bis 31. August 1896.

A. Einnahmen.

Von den gesamten Einnahmen entfielen auf:

Table showing financial data for 1895 and 1896, including general income and expenses.

270 171,59 Mk.

Summe Einnahmen vom 31. August 1895 6 702,14 Mk.

276 873,73 Mk.

B. Ausgaben.

Von den genannten Ausgaben entfielen auf:

Im Monat:	Zusammen:		Unterstützungen:		Prozess- und Gefängnis-Kosten:		Allgemeine Agitation:		Wahl-Agitation:		Reichstags-Kosten:		Agrar-Arbeiten:		Gebälter und Verwaltungsausgaben:		Darlehns-Konto:		Preis-Unterstützungen:		Ver-mischte Ausgaben:	
	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.	Mt.	Pf.
1895																						
September	28593	90	820	—	626	25	2742	40	650	—	197	—	300	—	1658	25	10300	—	11300	—	—	—
Oktober	31750	25	1354	—	303	—	6891	45	2889	30	—	—	849	—	1176	40	250	—	18037	10	—	—
November	17240	—	1060	—	1018	10	4672	10	844	50	—	—	—	—	945	30	800	—	7850	—	—	—
Dezember	12875	19	889	—	546	20	2496	30	700	—	2500	—	—	—	1684	69	1700	—	2359	—	—	—
1896																						
Januar	22488	10	2210	—	205	—	2794	25	635	—	4350	—	324	60	1773	75	3000	—	6774	25	421	25
Februar	14810	50	436	—	1181	—	2870	05	—	—	2100	—	—	—	778	85	4000	—	3440	—	4	60
März	13013	40	3395	—	735	—	3154	10	450	70	3660	—	—	—	1381	35	—	—	200	—	97	25
April	19631	03	915	—	122	—	4974	98	249	60	2500	—	—	—	1536	45	8170	—	1100	—	60	—
Mai	26264	15	567	—	576	55	1861	80	12	60	2800	—	—	—	746	20	10000	—	9560	—	140	—
Juni	13549	35	640	—	108	60	1249	30	627	20	3500	—	—	—	1124	25	5000	—	1300	—	—	—
Juli	13285	04	885	—	342	70	4990	10	1184	—	2600	—	—	—	1443	84	—	—	1830	—	—	—
August	16621	65	1100	—	168	—	2512	50	509	—	—	—	150	—	809	20	5500	—	5581	35	—	—
	230122	56	14281	—	5982	40	41512	33	8742	90	24147	—	1623	60	15058	539	48720	—	69331	70	723	10

230 122,56 Mt.
Ausgabe für Kapitalanlage 29 432,60 Mt.
Kassenbestand am 31. August 1896 17 318,57 Mt.
276 873,73 Mt.

Berlin, den 18. September 1896.

Im Auftrage des Partei-Ausschusses revidiert und mit den Belägen richtig befunden.

H. Meister. Clara Jekin. Erd. Dubber.

Bemerkungen zu A. Einnahmen:

1) Die Einnahmen und Ausgaben aus dem Darlehns-Konto pflegen sich in der Regel die Wage zu halten. In diesem Jahre übersteigen die Ausgaben die Einnahmen um 12 122 Mark, doch sind in der letzteren Summe 11 000 Mark Kautions enthaltend, die in kurzer Zeit in die Barreife zurückfließen dürften.

2) Unter die n. Eingängen befinden sich 775 Mark, die zurückgezahlt wurden für Broschüren, die in der Provinz Brandenburg zur Verteilung gelangt sind; ferner 1000 Mark, die als Abschlagsrate für den Verkauf einer Druckerei eingingen, und 977,26 Mark Abonnements-Restbeträge vom Sozialdemokrat.

Bemerkungen zu B. Ausgaben.

1) Unterstützungen wurden, wie üblich, nur gezahlt an Genossen oder Angehörige von Genossen, die wegen ihrer Parteithätigkeit gemäßigter oder sonstwie geschädigt wurden.

2) Die Reichstagskosten hielten sich, infolge der ungewöhnlich langen Tagung des Reichstages, auf der bereits im Vorjahre erreichten Höhe. Die im September 1895 gebuchten 197 Mark gehören noch zu den Ausgaben für die vorjährige Session. Das Mitglied der Fraktion, welches für diese die Kassengeschäfte beorgt, hat erst nach dem Abschluß des vorjährigen Jahresberichtes mit dem Kassierer abgerechnet.

3) Unter dieser Rubrik befinden sich die Ausgaben für Gehälter, Miete für Büroräume, Porto und Telegrammgebühren, Druckkosten für Circulars usw., Reisekosten usw. Durch die infolge der Kollerei notwendig gewordene Verlegung der Parteileitung von Berlin nach Hamburg sind eine Reihe von Mehrausgaben entstanden. Die Gesamtausgaben sind deshalb etwas höher als im Vorjahre.

C. Ausgaben für die Parteipresse.

im einzelnen nachgewiesen.

Augsburger Volkszeitung	Mt. 2700,—
Agrarier Parteizeitung	1000,—
Bremer Bürgerzeitung	5200,—
Breslauer Volksmacht	17700,—
Bufareiter Parteizeitung	1000,—
Niederheinische Volkstribüne	100,—
Gotha'sches Volksblatt	1000,—
Neue Würgener Zeitung	400,—
Oberfränkische Volkszeitung	390,—
Rheinische Zeitung	10620,—
Saalfelder Volksblatt	500,—
Sozialdemokrat	6252,05
Seltower Volksblatt	1858,70
Thüringer Tribüne	2800,—
Unterfränkische Volkstribüne	675,—
Volksblatt für Anhalt	604,—
Volksblatt für Heßen	243,—
Volksfreund bezw. Volksstimme f. Elsaß-Lothringen	5792,95
Wiener Arbeiter-Zeitung	10000,—
Zeiter Volksbote	500,—
	Mt. 69331,70

Bemerkungen zu C. Ausgaben für die Parteipresse.

1) Außer dem hier angeführten Betrage wurde noch dem inhabitieren Redakteur der C. P. 6 Monate Gehalt gezahlt.

2) Mit dem Kölner Parteigenossen ist ein Abkommen getroffen worden, nach welchem vom 1. Oktober 1896 bezw. vom 1. Januar 1897 ab der Rheinischen Zeitung nur noch ein Zuschuß von 1000 Mt. pro Quartal gezahlt wird.

3) Von dieser Summe müssen die unter den diversen Einnahmen befindlichen 977,26 Mt. Abonnementsgelder, die nach dem Eingehen

des Sozialdemokrat noch eingezogen wurden, in Abrechnung gebracht werden.

Verfollungen und Bestrafungen. Mit der Zuspitzung der Klassengegensätze nimmt der Klassenkampf schärfere Formen an. Die Bourgeoisie ist auf der ganzen Linie in die Defensive gedrängt. Sie muß ihren Bestreben vertheidigen. Daß dabei die auf den Leib der bürgerlichen Gesellschaft zugeschnittene Gesetzgebung bis an die äußerste Grenze gegen den angreifenden Zeit zur Anwendung kommt, ist selbstverständlich. Viele Strafen wurden über Genossen verhängt, die aus Unklarheit der zahlreichen Zustände angeblich gegen das Gesetz verstoßen haben sollten. Der geringste Verstoß gegen die „Freiheit der Arbeit“ blieb nicht ungeahnt.

Das Schicksal unserer am 17. August 1895 in Essen verurteilten Genossen beschäftigt uns ausgiebig, weit über die parteigenössischen Kreise hinaus, die öffentliche Diskussion. Von der ethischen Gesellschaft ausgehend ist eine Bewegung im Fluß, die sich die zu erlangende Begnadigung als Ziel gesetzt hat. Die Bewegung ist zwecklos. Voraussetzung der Begnadigung ist die Bewerung um dieselbe durch die Verurteilten. Ein Urtheil der landesherrlichen Gnade ist für Sozialdemokraten ausgeschlossen, dazu kommt, daß unsere Essener Verurteilten felsenfest von ihrer Unschuld überzeugt sind und niemals sich dazu verstehen werden, das wider sie ergangene Urteil durch ein Gnadengesuch anzuerkennen.

Ein Nachspiel hat der Prozeß des Essener Schwurgerichtes in dem am 19. Juni d. J. vor dem Kölner Landgericht wegen Minderbeleidigung gegen den Genossen Hofrichter verhandelten Prozeß gefunden. Die vernommenen Entlastungszeugen machten dieselben Aussagen, wegen der Essener Verurteilten im Zuchthause büßen müssen. — Die Glaubwürdigkeit der in Köln vernommenen Zeugen wurde von dem Gerichtshof in dem Urteil ausdrücklich anerkannt, — die Essener Zeugen galten den Gerichtshof als Meineidige.

Sowohl die Geld- wie die Gefängnisstrafen erreichten im Berichtsjahr fast die gleiche Höhe wie im Vorjahre.

Verurteilungen erfolgten in:

Monat	Zuchthausstrafen		Gefängnisstrafen			Geldbuße
	Jahre	Monate	Jahre	Monate	Wochen	
September	—	—	2	—	3	2195
Oktober	—	—	10	1	—	2941
November	—	—	14	9	1	3195
Dezember	—	—	3	7	2	1822
Januar	—	—	9	4	4	2381
Februar	—	—	10	2	—	3017
März	—	—	5	10	—	1624
April	—	—	6	—	2	4098
Mai	—	—	6	9	3	3539
Juni	—	—	6	10	4	2318
Juli	—	—	4	1	2	3019
August	—	—	5	10	4	1624
Zusammen	—	—	84	8	1	31773

Eine sehr charakteristische Erscheinung im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts sind die sich häufenden Verurteilungen wegen Majestätsbeleidigung. Wir können feststellen, daß das Gros der Beleidiger der Majestät außerhalb der Reihen der Sozialdemokratie steht. Trotz aller Opfer nicht die Partei unentwegt, geschlossen und bereit, wie bisher, so in Zukunft für die Befreiung der Arbeiterklasse jedes Opfer zu bringen.

Hamburg, im September 1896.

Der geschäftsführende Ausschuss.

Fenilleton.

Der Jude.

Deutsches Sütengemälde aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts von G. Spindler.

„Sprich, ich befehle es Dir.“
„Die Minne gebietet nie der Thorheit, sie ist ihr unterthan.“
„Rede, ich lasse Dich nicht.“
„Das schöne Weib ist die Frau von der Rhä!“
raunte ihr Dagobert hart und rauß in das Ohr.
„Abjehulicher!“ schrie Wallrabe auf.
„Was giebt's?“ fuhr Königsred dazwischen, dessen argwöhnischer Beidenchaft die heimliche Unterredung mit dem raschen Fremdling schon viel zu lange gedauert hatte.
„Eine Ueberraschung, guter Lannhauer,“ lachte Dagobert ihm ins Gesicht, „weiter nichts, leb wohl!“
Klappernd und schellend machte er sich von Waagen herunter, nachdem er dem ziellichen Liebesritter seine Kolbe zu kosten gegeben für das überflüssige: „Verdammtter Hanswurst!“ das der edle Herr, seinem Unmut Lust zu machen, ihm nachgebelfert hatte. Mutwillig geworden durch den aufregenden Schwank, sprengte Dagobert, wie ein dem Pferd entronnenes Füllen kreuz und quer durch das ausgelassene Volk, das sich auf den Gipfel der Lustigkeit hinaufschraubte und immer tollere Streiche machte, je näher die Dämmerung rückte mit ihren Schatten. Die Schalkheit des Bößlebs setzten sich hauptsächlich die Klosterleute beiderlei Geschlechts zum Ziele, die an diesem Tage ihre Klausur zu verlassen bevorrechtet waren, und, wenigacht und Anstand beobachtend, die Stadt durchstreiften,

mit den Laten in Thorheit wetteifernd. Jedoch, obgleich sie in Thun und Lassen den Weltknechten nachahmten, so vermochten sie es doch nie, ihren Stand, selbst unter der verhüllendsten Maske, ganz zu verbergen. Der Klutenschrift verricht die Männer, das ungewisse Trüppeln und Zusammenhalten in ansehnlichen Banden den weiblicher Konvent, und dieser Umstand setzte die Keltenbewohner manchen Unannehmlichkeiten aus, wie sie die Ausschweifungen der Fastnacht mit sich brachten. Firke und gelente Bidelherinae nähten eine ganze Noanengemeinde zusammen und trieben sie mit Bettelstücken und taufendfältigen: Hoho! und Hallah! vor sich her. Das große Schiffervolk riß den als Mörche bearquohnten die Kopfbedeckung vom Haupte und stellte ihre Konjur zur Schau, und dennoch, kaum entschlüpft den Händen der ungeschlachten Gefellen, setzten die Ordensleute, ihre Freiheit benutzend, ihre Thorheiten fort, auf Straßen, Plätzen, Tanzhäusern und Trinkstuben, bis der Morgen herandämmerte und sie gebieterisch in das Kloster zurückwies, diejenigen ausgenommen, die vom Weine übermann, den Taumel erst ausschlafen mußten. Bei einem solchen Auslauf, in welchem ein paar schüchternen Gönabiten gequält und gekänfelt wurden, stieß der von seinem Ohms Hause kommende Dagobert pößlich wieder auf den verloren gegangenen Gerhard. Bei dem Flammenscheine einer Pechpflanze erkannte er Mantel, Hut und Bißer, und die Behaglichkeit, mit welcher der grobhäutige Fiediruber dem gemeinen Possenspiel zusah, ließ dem jungen Manne keinen Zweifel übrig. „Gut, daß ich Dich finde,“ sprach dieser zu dem Ungetreuen. „Bist Du's ober bist Du's nicht, Gerhard?“
„Na, beim heiligen Georg! wer soll's denn anders

sein?“ brumnte Gerhard, mit lustiger Vertraulichkeit Dagoberts Hand ergreifend, und den vom Weile unsicher gewordenen Körper auf dessen Schulter neigend. „Das ist Frischlein,“ fuhr er fort, — „Frischlein oder mich soll der Schwärze holen mit Pferdefuß und häßlichem Gestank!“
„Ei, Du Trunkenbold!“ zürnte ihm Dagobert entgegen, und zerrte ihn abwärts von dem Menschensack.
„Nimm die Trommel und rufe mich aus nach allen vier Winden, Du Schlemmer! Wo kommst Du her, Du trunkenes Ungeheuer?“

„Aus dem Paradies,“ versetzte Gerhard lustig, „aus dem Paradies,“ setzte er häuslich grob hinzu, da Dagobert nichts entgegnete, „Ihr könnt mir glauben. Es liebe Frau Hilda Walbina samt ihren schmucken Töchtern, und ihrem köstlichen Firnewein!“

Es ergab sich aus den Reden des Edelknechts, daß er in eine nichts weniger als ehrenvolle Gesellschaft geraten war, nämlich in die von fahrenden Töchtern und Frauen, deren es um die Zeit des Konziliums eine bedeutende Anzahl zu Costnig gab, und die entweder einzeln in den Vorstädten, namentlich aber punktweise unter Meißerinnen verjammelt, in der nächsten Umgegend der Stadt, öfters auch nur, nach Maßgabe der Ansprüche, in elenden Hütten und Zelten sich aufhielten. Diese Bande, eine der ansehnlichsten, hatte es am heutigen Tage auf niemand Gerigern, als auf den Kaiser selbst abgesehen gehabt, von dem ein dunkles Gerücht verbreitet hatte, als wolle er selbst, in die Tracht des wilden Jägers verumummt, allein und ohne Gefolge die Volkslust in den höchsten, wie in niedersten Kreisen verfolgen und beobachten. Die Hoffnung, von dem leutseligen Herrn ein ansehnliches Geschenk zu gewinnen, hatte diese lockern Töchter so Mhn gemacht, ihn im Putze vornehmer Frauen aufzufuchen, und so zierlich zu bewirten, als es angehen würde. Gerhards Barve räufchte sie, wie früher schon das lüderliche Gerücht; erst in dem Saale des Gasthauses, in welchem für die lebenslustige Schar und ihren seltenen Gast ein Bespertrunk bereit stand, enthüllte sich die Wahrheit. Gerhard lachte die Betrogenen aus, log ihnen von seinem Geschlechte und seinen Gütern ein Langes und Breites vor, ließ sich ihren Wein schmecken, seinen Bentel wegstoßen, und entrannt mit leerer Tasche und ziemlich vollem Kopfe den Lockungen des loien Gefindels. — „Sagt nun einmal zur Güte,“ schloß er seinen Bericht, „ob ich nicht Wort gehalten habe, wie ein Mann. Hier bin ich wieder und stehe Euch zur Seite. Verlangt, was Ihr wollt. Ich stehe dem Satan selbst, wenn er Lust hätte, mit mir anzubinden.“

„Das glaub' ich Dir von Herzen gern,“ erwiderte Dagobert: „denn Dir fikt ein Duzend von Teufeln jetzt im Leibe. Da ich indessen heute eines Menschen bedarf, der nicht grübelt, da der Weindunst Dir das Grübela verbietet, und Deiner Bärenkraft das doppelte, wie ich hoffe, zulegt; so sollst Du der Wächter einer That sein, die Dir später Segen bringen wird, erfährst Du auch kein Wort von Ihr.“

„Ihr sprecht ein Deutsch, das klingt wie Latein,“ meinte Gerhard: „ich will buclig werden, wie der Montfort, wenn ich ein Wort davon verstehe. Thut indessen nichts. Sagt mir nur, wo ich hinsehen soll Kreuz und Dorn! ich halte fest.“

„Fürs erste,“ sprach Dagobert, indem er ihn in ein fester Gählein zog: „fürs erste nimm Dein Jagdmesser zur Hand.“

„Was?“ fragte Gerhard, den Jüngling anglockend, so gut es die Dunkelheit erlaubte: „Ich werde Euch doch nicht die Surgel abschneiden lassen?“

„Schweig!“ raunte ihm Dagobert zu: „Trenne schnell und sicher jago die Schellen von meinem Gewand und meiner Kapp.“

„Eine seltsame Grille!“ versetzte der Hülshofen: „eine wunderliche Aufgabe, hier den Schneider zu machen, wo es P-traden-schwarz um uns her ist. Schreibt Euch selbst zu, wenn ich nicht bloß die Nacht treffe.“

„Thut nichts, nur zu. Ich gebe indessen das Zeichen.“

Während Gerhard mit unbarmherziger G und die Schellen abschritt und mit jeder derselben ein erklicktes Stück des Gewandes wegnahm, sprachte Dagobert viermal mit der Zunge, als ob eine Wachtel anschlüge aus grünem Felde. Nicht lange war das Zeichen vorüber, als auch schon zwei Männer sich näherten in schleppenden Röcken. Gerhard, stutzig gemacht, wollte ihnen ein verbes

Wer geht da?“ entgegenkommen, aber Dagobert hielt ihm den Mund zu. „Willkom!“ sprach der erste Anstömmling in ausländischer Mundart: „Die Stunde ist da!“

„Wie steht's?“ fragte Dagobert.

„Gut,“ versetzte der andere, „der Freund,“ auf den zweiten zeigend, „hat vorgearbeitet, Petrus wird aufmachen.“

„Das gebe Gott,“ antwortete Dagobert, und ging voraus. An der Ecke warf er seine Narrenlocken in einen Brunnen und schritt dann schneller vorwärts.

„Ist das der Mensch, von dem Ihr sprach?“ fragte ihn leise einer der Fremden, auf den geduldig nachtrabenden Gerhard weisend.

„Ja,“ sentgesnete der junge Mann: „er ist, Herr Graf. Zuverlässig, willenlos und gänzlich unwissend.“

„Gut, gut,“ antwortete der Fremde, und hielt sich mit seinem Begleiter dicht auf den Fersen des Führers, der abermals in ein Gählein einbog, und vor der Pforte und dem Vorsprungshäuslein eines Klostergebäudes stille stand. Kein Laut war weder in dem Kloster, noch in der Nachbarschaft zu hören. „Halte hier die strengste Wache!“ sprach Dagobert zu Gerhard, „wir haben im Hause zu thun. Solltest Du Garm hören, so decke unseren Rückzug. Schlage das feige Gefindel, mit dem Du zu thun bekommen wirst, nur tapfer hinter die Ohren mit der Klinge. Verleze jedoch nur im allerhöchsten Notfall. In der Herberge sehen wir uns im schlimmsten Falle wieder.“

Gerhard brumnte zu diesem allen ein bereitwilliges ja, pflanzte sich auf ein steinern Bänklein, unfern dem Kloster, und harrete geduldig der Dinge, die da kommen sollten. Dagobert samt Begleitern klopfen hingegen leise an die Pforte und gaben auf die Frage des von innen

herausstehenden Bruders die Antwort: „Fastnachtsfreunde.“

„O weh!“ flüsternte Dagobert den Begleitern zu, von denen indessen der zweite zuversichtlich auf den Pförtner zutrat, und ihn also anredete: „Ihr erinnert Euch wohl noch meiner, Frater Dominikus! Da sind die Freunde, von denen ich Euch gestern sprach, und hier der Beute, der der entzige wird, sobald ihr unseren Wunsch erfüllt.“

Der Pförtner lächelte freundlich aber ungewiß, schob den Hauptriegel vor die Thüre, und summete die erste Zeile des damals berühmten und von den Gelehrten gelungener Fastnachtsliedes: „Edit Nonna, edit Clarus!“

„Wollt Ihr nicht ins Stüblein treten?“ riefte er mit schmerzlicher Stimme hinzu, „es ist warm darinnen, und wir können dort selbst weiter plaudern.“

„Sind wir denn um des Plauderns willen hierher gekommen?“ fragte Dagobert leise die Seinen, „was treibt denn der verwünschte Frater?“ Die Begleiter ermahnten ihn durch Zeichen zur Geduld.

„Ad elendum nono serus!“ brummte der Frater gleichmütig fort, und machte seinen Gästen eine unbehilfliche und unsichere Reverenz. „Wollt Ihr Euch nicht niederlassen, meine werthen Herren und Freunde? Ein Tröpflein Wein schadet nicht.“

Er setzte einen ungeheuern Weinkrug an den begehrlichen Mund, schlürfte einen guten Schluck, und reichte das Trinktgefäß seinem Nebenmann, nachdem er mit dem Kermel den Rand abgewischt hatte.

„Bibit ille, bibit illa!“ sang er weiter, jedoch sich selbst unterbrechend durch Rede und Frage, „Trinkt herzhaft, Ihr Männer; es ist vom Guten! Bibit servus cum ancilla. — So, so! jetzt sagt an... was steht zu Diensten?“

„Ei, Dominik! habt Ihr denn bereits vergessen, was wir ausmachen?“ fragte einer von Dagoberts Begleitern entgegen, während der junge Mann einen ziemlich vernünftigen „Schafskopf!“ laut werden ließ.

„Der frunkene Frater zog dem Offenerzigen ein schiel Gesicht, vergaß aber auf der Stelle die Beleidigung und fiel wieder in sein voriges Lied: „Bibit abbas cum priore! — Hum! wenn wir recht ist... hm! hm! bibit coquas cum factoris... Was wollt Ihr sagen... helft mir doch wieder ein wenig auf die Spur, Ihr Herren!... et pro rege...“

„Von Donner!“ unterbrach ihn der warmblütige Dagobert. „Wir wünschen den armen gefangenen Mann heimgelangen, den Du zu hüten hast, und ihm zur Fastnacht ein wohlgemeint Geschenk zu bringen.“

„So! so!“ erwiderte der Pförtner, sich bedächtig im Kreise umschauend, und das Köppllein lüftend, „Der Reher verdient's gar nicht, daß wackre Leute ihn heimfuchen. Et pro rege et pro papa...“

„Wacht voran!“ drängte einer von den anderen, „Der Sohn habt Ihr empfangen. — An der Thüre des Gewölbes könnt Ihr unsrer warten; in einer halben Viertelstunde ist's abgehau, und Ihr habt das Geld verdient — wir unsrer Gelübde geübt. Zaudert nicht. Es ist keine Gefahr dabei. Eure Vorgesetzten...“

„Bibant vinam sine aqua!“ trillerte Dominikus dazwischen, und griff nach der Lampe: „Ihr habt jedoch den besten Augenblick erwählt...“

„Der Prior und die meisten Herren sind draußen in der Stadt, und die übrigen — hm! sie sitzen oben am Spiel und Trunk, und haben mehr zu thun, als sich um den verdammten Reher zu bekümmern, dem Ihr eine unverdiente Ehre erweisen wollt.“

„Faßt uns aufbrechen!“ mahnte Dagobert inständig, „Ihr dem Pförtner das gewaltige Schlüsselgebund in die schlappende schwammige Faust, und ihn selbst vor sich zur Thüre.“

„pro papa et pro rege!“ intontierte der Mensch mit einer Löwenstimme, da sie in den Kreuzgang traten.

„Uu des Himmelswillen! schweig!“ flüsternten ihm die Nachschleichenden unter ängstlichen Hippenstößen zu; er ließ sich jedoch nicht irre machen, schlürfte in seinem Elefantenschritte fort, und von seinem Bibunt omnes sine lege! haßte das Gewölbe wieder.

„Alles blieb auf dieses, wahrheitsgemäß zu dieser Zeit gar nicht ungewohnte Geplärre ruhig; nur im fernem Refektorium war ein wüßtes Gejohle hörbar; ein Beweis, welchen Geschäften der Konvent oblag, und eine gute Vorbedeutung für die drei Fremdlinge, deren Vordermann sie eine lange Treppe, von mehreren Pforten verschlossen, hinunterführte, an deren Ende seitwärts eine ganz niedere mit Eisen schwer beschlagene Thüre öffnete, und die Besucher hindurchkriechen ließ.“

„Bibant primum et secundo“, summete er währenddessen und rief dann in das tiefgewölbte Kerkerloch hinein: „Steht auf von Eurem Strohl! verruchter Abtrünniger — donec nihil sit in fundo — und Ihr, meine Herren, faßt Euch kurz.“

Dagobert schauderte, da er beim Schein der Lampe das entsetzliche Gefängnis gewahrte, in welchem ein Unglücklicher mit langem Barre und in dürstiger Kleidung einem rechtlosen Urtheil entgegenmachete.

„Vater Johann! riefen des Jünglings Begleiter mit von Thränen halb erstarrter Stimme und warfen sich zu den Füßen des Eingekerkerten. Dieser erhob sich mühsam in seinen Fesseln von dem nassen Lager und hielt die Hände vor die von ungewohntem Lichtstrahl geblendeten Augen, aber sein Ohr hatte die bekannten Stimmen vernommen und sein Herz mit einer, diesem Sprechensorte fremden freudigen Nahrung erfüllt.“

„Ist das nicht Graf Schlim?“ fragte er bewegt; „ist das nicht der edle Herr von Langenbrod? Ach, Ihr meine unglücklichen Freunde... was führt Euch in meinen Kerker?“

Sange konnten die zu seinen Füßen Schluchzenden nicht Worte finden, und Dagobert versuchte besorgt nach dem vor der Thüre gebliebenen Frater. Von demselben war jedoch keine Unterbrechung zu befürchten.

Neben der auf der Schwelle gestellten Lampe sitzend, haite er sich mit der Zählung seines leicht erworbenen Geldes beschäftigt, und war dabei eingeschlafen.

„Eilt, eilt, edle Herren“, räumte der junge Altbürger den böhmischen Edelknechten zu, „der Augenblick ist sicher, aber kostbar!“

„Vater Huß!“ begann der Graf dringend, „Dich zu befreien, sind wir hier! Eile nur, zu willfahren. Hütle Dich in dieses, mein Gewand. Es ist weit genug, Dich und Deine Ketten zu verbergen. Diesen jungen Mann, der unter der Larve der Thorheit den mächtigsten Willen

und den glühendsten Eifer für das Recht verbirgt, der schon einmal eine Dir zugesagte Beleidigung edelmüthig rächte, haben wir ersehen, Dich aus der Stadt zu bringen. Er kennt alle Gassen und die Wege rundum im Land; er und Langenbrod schaffen Dich über'n See in's Schweizerland, von mannen sichere Freunde Dich nach der Heimat führen werden. Fliehe, fliehe, es drängt die Zeit.“

„Träume ich denn?“ fragte Huß, befüßt um sich schauend. „Steht es denn so schlimm mit mir, daß solche Flucht notwendig wäre?“

„Fürchte alles!“ entgegnete Langenbrod, „Deinem Haupte droht die höchste Gefahr.“

„Und ich sollte nicht der Gefahr gedenken, in welche ich bei an meiner Statt zurückbleibende Freund stürzen wird?“ fuhr Huß mit erstem Vorwurf fort.

„Mein Schicksal kümmere Dich nicht!“ unterbrach ihn der Graf, „von Dir hängt die Freiheit unserer Kirche, unseres Glaubens ab. Tausend meiner Landsleute können sehten wie ich, wie Du zu reden vermag keiner außer Dir.“

„Kommt, kommt, würdiger Herr“, setzte Dagobert bei, „wir meinen's redlich, und das Glück für heut nicht mindern. Morgens ist's zu spät.“

„Wer sagt Euch“, sprach der Gefangene mit erhabener Sanftmuth, „wer sagt Euch, daß ich morgen anders gefinnt sein könnte, denn heute? Ich würde zum Säbner an meiner Lehre, wollte ich diesen Kerker feig verlassen. Das Wort ist ewig und muß den Sieg erringen. Nicht ich bin zu beklagen in meiner Schmach, denn mich bedienen Engel in dieser dunkeln Gruft; wohl aber diejenigen, die ihren Eid gebrochen haben und den Starcken vertilgen wollen in dem schwachen Gefäß, das er sich auserlesen. Seht, meine Freunde; meinen Dank für Eure Aufopferung, doch Euch zum Frommen willige ich nicht dazeln.“

„Grausamer!“ seufzte der Graf, „Du rennst in Deth Verderben! Unwiederbringlich verloren bist Du. An Wenzels Throne bist Du sicher; in Stigmunds Gewalt des Todes.“

„Unnütze Furcht!“ lächelte Huß wie ein Verkürter, „ich bin geweiht vor dem Altar des Herrn; an meinem Haupte werden sie sich nicht vergreifen, und aus den Fesseln, die den Leib belasten, wird mich der Höchste befreien, wenn das Werk vollendet ist.“

Ungebuldig ob solchem Starrsinn stampfte Dagobert mit dem Fuße, und die Böhmen umschlangen mit liebevollem Umgestüm die Knie des Verzagenden, mit Worten und Thränen ihn bekämpfend. Sein Entschluß, fest wie ein Fels, begann zu wanken; seine abweisende Strenge wich dem vereinten Bemühen der Freunde, — schon gab er nach; schon ward die Möglichkeit einer neuen Freiheit reizend für seine in Kerkernacht erschorenen Sinne... schon griff seine Hand zögernd nach dem Rettungsgewande... als es mit einem Male über den Häuptern der Befreier lebendig wurde.

(Fortsetzung folgt.)

In Wirtschaften, Gasthöfen, Verkaufshallen, Barbiergeschäften etc. etc. wollen unsere Freunde stets die Volkstimme verlangen; und wo dieselbe nicht erhältlich ist, mühte jeder auf sofortige Bestellung dringen.

Der Neue Welt-Kalender für 1897. Einundzwanzigster Jahrgang. Inhalt: Kalender, Almanach, etc. Preis 10 Pfennig.

Standesamt. Magdeburg, den 22. September 1896. Aufgebote: Robertine Gahner, Adolf Wier mit Karoline Selma...

Auf Kredit Möbel Polsterwaren, Betten, Uhren, Regulateure, etc. Abzahlung 1 Mark.

Todesfälle: Adolf Baerz, Blechschmiedemeister, 56 J. 5 T. Wilhelm Bürgel, Schlosser Ferdinand...

Geburten: Anna, T. des Brouters Herrn Kliemann. Emil, S. des Kellers Wilhelm Bestler...

Ernst Klesper 1823. Magdeburg 22, ständig gegenüber dem Schloß...

Hermann Liebau Magdeburg, Breiteweg 127, 1 Treppe. Ecke Schindlerstraße, gegenüber der Katholikenkirche.

Südenzettel der Magdeburger Volkstheater. 2. Küche Große Münzstraße 2. 4. Küche Schmidstraße 61, Neustadt.

